



Man muß anerkennen, daß Frankreichs Wirtschaftsleben und Industrie schwer unter dem Ausfall der Kohlenproduktion seiner durch die deutsche Seereschiffahrt zerstörten Kohlengruben zu leiden haben. Es ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, daß unsere Kohlenproduktion bis zu einer gewissen Grenze zur Deckung des Ausfalls der französischen und belgischen Kohlenproduktion dienen muß. Nur eine Grenze kann es für diese Vorzugslieferung geben: Die Kohlenabgabe an Frankreich und Belgien darf nicht so groß werden, daß damit eine Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens selbst verbunden ist, sonst sind wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch, völliges Versagen der deutschen Kohlenproduktion für Frankreich, Belgien und ganz Europa die Folge. Der Streit in Spa dreht sich nun darum, wo die Grenze ist, und vor allem, wer über sie zu entscheiden hat. Frankreich wünscht eine internationalisierte Kontrolle über die gesamte deutsche Kohlenproduktion und eine Mitwirkung bei der Verteilung dieser Produktion.

Es ist selbstverständlich keine Prestigefrage, sondern eine wirkliche Existenzfrage für das deutsche Wirtschaftsleben, die es unmöglich macht, daß die Alliierten etwa allein die Bestimmung über die Verteilung der deutschen Kohlenproduktion erhalten. Die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse wie die wirtschaftlichen Verhältnisse jedes modernen Industriestaates überhaupt sind viel zu kompliziert, als daß selbst die besten Wirtschaftskenner eines anderen Staates genug Einblick in sie besitzen, um ihren Lebensnotwendigkeiten Rechnung tragen zu können. Es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als daß man sich über einen prozentual festgelegten Verteilungsschlüssel der deutschen Kohlenproduktion einigt, der den deutschen wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten, aber soweit als möglich auch den Wiedergutmachungsansprüchen Frankreichs und Belgiens gerecht wird. Daß dabei eine gewisse Bindung in bezug auf die Kohlenabgabe an neutrale Staaten eintritt, wird nicht zu vermeiden sein.

Es ist die Schuld derjenigen, die im wahnwitzigen Siegestaumel und in militärischer Verblendung Frankreichs und Belgiens Kohlengruben zerstört haben, daß wir, anstatt gegen Kohlenlieferungen an neutrale Staaten direkt Kohlstoffe und Lebensmittel kaufen zu können, den Umweg über die schwer geschädigten Staaten Belgien und Frankreich nehmen müssen. Allerdings sollte auch in dieser Beziehung nicht übersehen werden, daß die Kohlenfrage nicht zuletzt eine Arbeiterfrage, und als solche, wie Hue nicht zu unrecht betont hat, ebenfalls eine internationale Frage ist, deren beste Lösung zweifelsohne durch internationale Abmachungen und Regelungen gefunden werden sollte. Reicht aber das Verständnis der alliierten Bourgeoisie zu dieser Erkenntnis noch nicht hin, so bleibt uns nichts übrig, als der Tatsache Rechnung zu tragen, daß wir dank dem Machtwahnsinn unserer Militärs ein besiegtes Volk sind.

## Die Kriegsschuldfrage in Spa

Spa, 10. Juli.

Das Protokoll über die Kriegsschuldfrage lautet nach amtlichen Berichten: Die Konferenz hat in Übereinstimmung der bevollmächtigten Vertreter Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans einvernehmlich und einmütig beschlossen, daß das in die Hände des Reichsgerichts zu Leipzig gelegte Strafverfahren im Sinne des Briefes des Präsidenten des Obersten Rates der Alliierten an die deutsche Regierung vom 4. Juni 1920 fortzusetzen ist. Um die Untersuchung in der genannten Sache zu beschleunigen und alle wünschenswerten juristischen Feststellungen zu erhalten, wird sich der Reichsanwalt des Leipziger Reichsgerichtshofes direkt mit dem englischen Attorney-General oder dem Justizminister der betreffenden alliierten Macht in Verbindung setzen, um Auskunft oder gerichtliche Feststellungen durch einen Untersuchungsausschuß oder auf anderem Wege zu erlangen. Das wird in kürzester Frist ausgeführt werden, und die gesammelten Ergebnisse dem Reichsanwalt in Leipzig übermittelt werden.

Nach einer anderen Meldung hat der Reichsjustizminister Heinze u. a. dargelegt, daß seitens der deutschen Regierung in der Frage der Kriegsschuldfrage verschiedene Verfügungen geplant, aber noch nicht erfolgt seien.

### Geklärt Darstellung

In der Rede, die der Reichswehrminister am Sonnabend im Hauptausschuß des Reichstags hielt, führte er u. a. folgendes aus: Die Verhältnisse liegen so, daß effektiv von uns nichts anderes verlangt wird, als was wir auf Grund des Friedensvertrages von Versailles verpflichtet sind, und die Bedingungen, die uns gestellt worden sind, bedeuten effektiv nichts anderes als die Gewährung von neuen Fristen. Deshalb lag für uns keinerlei Recht vor, die Unterfertigung zu verweigern, vor allem auch deshalb schon, weil die Entente erklärt hatte: solange diese Sache nicht in Ordnung gebracht ist, werde über die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen überhaupt nicht verhandelt werden.

Das ist nämlich der durchgreifende Unterschied: in diesen Entwerfungsfragen handelt es sich um klare Bestimmungen des Friedensvertrages, zu deren Erfüllung wir verpflichtet sind; da-

gegen sind wir bei der Wiedergutmachung bei der Festlegung der Entschädigungen berechtigt, Vorschläge zu machen, uns mit der Entente zu verständigen.

Die Strafbestimmungen sind sofort beanstandet worden. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß Befehle deutschen Gebietes nach den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages nicht in Anspruch genommen werden können.

Wir haben sofort den Rechtsstandpunkt zum Ausdruck gebracht, daß wir irgendeine Strafbestimmung wegen Verletzung der Bedingungen unter keinen Umständen anerkennen können, weil das eine Verletzung des Friedensvertrages bedeuten würde. Lloyd George erklärte dann, es sei auch gar nicht beabsichtigt, von der deutschen Regierung irgendeine Erklärung nach der Richtung hin zu verlangen, daß sie einer Befehlsgebung des Ruhrgebietes zustimme; das besorge die Entente, wenn sie es für nötig halte, selbst; sie behalte sich das Recht vor, so vorzugehen, wie sie es für nötig halte.

Vom rein militärischen Standpunkte aus sind die Bedingungen, was die Entwaffnung anlangt, und was speziell die Reichswehr anlangt, nicht Erschwerungen gegenüber dem Friedensvertrag, sondern Erleichterungen; denn an sich hätten wir heute 100 000 Mann entlassen und das Ruhrgebiet räumen müssen. Wenn wir jetzt diese neuen Fristen bekommen, so bedeutet das vom militärischen Standpunkte aus eine gewisse Erleichterung. Wieweit wir damit politisch kommen, ist eine ganz andere Frage.

### Eine Besprechung beim Reichspräsidenten

Berlin, 10. Juli.

B. T. B. teilt mit: Bei dem Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Gehler, Staatssekretär Albert und General von Seekt, Bericht erstatteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, d. h. also das Einammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung des Einmarches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen, nachdem der Reichsminister des Innern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterfertigung geht infolgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, — en ce qui concerne le gouvernement allemand — die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterfertigung die Klausel nicht denken. Es wurde weiter festgestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßnahmen greifen müsse.

### Lohnforderungen der englischen Kohlenarbeiter

D. N. Haag, 10. Juli.

Die Konferenz der britischen Grubenarbeiter in Leamington beschloß, eine Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Tonne für Erwachsene und von 1 Schilling für Nichterwachsene zu fordern und zugleich darauf zu bestehen, daß die Regierung die jüngsten Erhöhungen der Kohlenpreise um 11 Schilling für die Tonne zurückzieht.

### Rußland und Rumänien

D. N. Bukarest, 10. Juli.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, verlas der Minister des Auswärtigen, Take Janescu, im Ministerrat einen neuen Antrag der russischen Regierung, in dem sie Rumänien abermals einen Friedensvorschlag macht und sich gleichzeitig bereit erklärt, den Austausch der Gefangenen in die Wege zu leiten.

### Für sofortigen Friedensschluß

Nach Londoner Meldungen betont die aus Rußland zurückgekehrte Arbeiterdelegation in ihrem Bericht die Notwendigkeit eines sofortigen Friedensschlusses mit Rußland. Die Maßnahmen gegen Rußland hätten in diesem Lande eine derartige Erbitterung wachgerufen, daß sich sogar die Gegner des Bolschewismus den Bolschewisten angeschlossen hätten. Der Bericht schließt mit der Versicherung, daß die Fortführung des Kampfes gegen Rußland eine europäische Katastrophe bedeute.

Das gute Geschäft. Wir berichteten am 7. Juli nach dem „Abkündigen Arbeiter“ über ein Weingeschäft, das eine Anzahl Firmen bei dem Ankauf von Weinen aus den Beständen des Reiches gemacht haben sollten. Dazu erhalten wir von der Firma S. Sandmann in Berlin eine Zuschrift, worin sie behauptet, daß die darin erwähnten Einzelheiten nicht zutreffend seien. Die Weine seien schon mit 10,50 M. außerordentlich hoch bezahlt worden. In der Zwischenzeit seien die Preise für Weine schon auf 7,50 M. zurückgegangen und es sei weiter stark im Sinken. — Wir müssen es dem „Abkündigen Arbeiter“ überlassen, sich zu diesen Mitteilungen zu äußern. Die beteiligten Behörden haben bisher dazu geschwiegen.

Die Streikfrage im Saargebiet hat infolgedessen eine kleine Besserung erfahren, als die Streikleitung heute beschlossen hat, daß die Mannschaften, die die lebenswichtigen Teile der Betriebe aufrechterhalten, verstärkt werden. Seit heute nachmittags um 4 Uhr finden Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Die Arbeitgeber wollen eine Lohnerhöhung gewähren, während die Arbeiter feste Lohnerhöhungen fordern. Die Verhandlungen dauern zur Stunde noch an.

ihrem vollen Umfange noch nicht nachgedruckt werden, weil das Urheberrecht es verbietet.) Und da gibt es einen Dialog zwischen einem Optimisten und einem Pessimisten, der könnte heute geschrieben sein —

„Reinen Sie, daß ein Volk, welches Jahrhunderte lang gefoltert wurde und in der Fron sich wohlbehalten, niemals aus eigenem Antrieb den Blick zum Himmel erheben werde, niemals den Kopf aufrecht tragen lernen werde?“ — „Haben wir nicht die Franzosen niedergeschlagen?“ — „Ja in der Fron.“ Und dann entwickelt der Optimist (und das wäre der brave Völkertreue) dem andern, dem Pessimisten, dem Revolutionär die Wohltaten der deutschen Freiheit, die so ganz anders ist, als die aller andern Völker. — Und sie unterhalten sich über Regierungsformen. — „Sie geben also die Wohltätigkeit einer monarchischen Regierungsform zu?“ — „Ja, gebe die Wohltätigkeit einer Regierungsform zu — wenn hinter dem Volk der Scharfrichter steht.“ Und man denkt an Kola Luxemburg und an Plehnacht und Baasche und alle die andern, wenn der Pessimist sagt: „Was jetzt haben die Deutschen vom Köpfen leider immer nur die passive Form: das Geföpfwerden kennen gelernt.“ Und dann zählt er die Opfer der herrschenden deutschen Dynastien auf, Schubert und Schiller, und spricht davon, wie es sich die kleinen Bürgermädchen als eine Ehre anzurechnen hatten, wenn ihr Fürst Höchselfürst sie zu beirathen gerühete. Und er kommt zu dem Ergebnis, das noch heute gilt: „Nehmen Sie die Fürsten weg, und es bleibt eine hilflose Masse, hilfloser als ein Kind.“ — „Sind sie nicht gläubig?“ — „Eminent gläubig.“ Hier regis ja eben. Das Kindische. Das Tölpelhafte. Sie sind in der Fron gläubig und merken es nicht. Wie der Rigger auf den Kleinfedern beugen sie den dreien Rücken unter der Peitsche des Aufsehers und flehen noch humoristisch den Pallanten an, der an ihnen vorbeigeht. — „Und dann wird der Pessimist ganz konkret und spricht ohne Umschweife von Berlin: „Geben Sie nach Berlin! Was sehen Sie dort? Ist es nicht der asiatische Ton, der dort herrscht? Der Ton des Väterchens? Die Kniebeugung vor dem Knütt? Mühte Berlin jemals auf vor keinem Fürsten? Was ist das Höchste, das Berlin leistet? Eine Jote oder ein

## Der polnische Zusammenbruch

Brüssel, 10. Juli (Havas-Reuters).

Die Gesandtschaft der Tschecho-Slowakei veröffentlicht eine Depesche aus Prag vom 9. Juli, in der es heißt: Die Lage der polnischen Armee scheint verzweifelt. Die polnischen Verwaltungsbefehle räumen Lemberg und Kluchten nach Kretan. In Galizien ist die allgemeine Mobilmachung für alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren ohne Rücksicht auf die Nationalität angeordnet worden, was in dem ruffenischen Landstrich zu Unruhen führte. Dem Mobilmachungsbeehl wurde dort keine Folge geleistet. Teile der polnischen Armee sollen zu den Russen übergegangen sein.

Reval, 9. Juli

Nach hier eingegangenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dinaburg bis zur litauischen Front vorgerückt und haben die Verbindung zwischen der lettischen und der polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewisten erstickt worden, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestatten. Dinaburg, das von lettischen Truppen auf Aufforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und den Bolschewisten besetzt.

### Wilna von den Polen geräumt

Kowno, 10. Juli.

Nach einer Meldung der litauischen Telegraphenagentur zieht sich die Polen aus den von ihnen besetzten Gebieten Litauens zurück. Wilna wird geräumt. Die litauischen Truppen sind gestern abend 12 Kilometer vor Wilna angekommen. Die Russen stehen mit ihren Vorposten in der Nähe von Swanciany.

### Polen heischt Hilfe von den Alliierten

Spaa, 10. Juli. (Havas.)

In Anwesenheit von Marshall Foch hatte heute der polnische Ministerpräsident Grabski mit Lloyd George und Millerand eine wichtige Unterredung. Er ersuchte um Intervention, damit das im Aufbau begriffene Polen nicht von den Bolschewisten erdrückt werde. Lloyd George und Millerand erklärten Grabski, daß es schwer halte, Polen materielle Hilfe zu leisten.

Nach dem „Petit Parisien“ wurde ein Vorschlag Grabskis, die Deutschen Munition kaufen zu dürfen, die zur Zerstörung oder Auslieferung bestimmt war, von den Alliierten abgelehnt. Da der Friedensvertrag von Versailles solche Abfertigungen nicht erlaube. Dagegen sind die französische, die englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Hilfeleistung für Polen zu erlangen.

Spaa, 10. Juli.

Marshall Foch wird sich wahrscheinlich heute nach Paris begeben, um mit seinem Generalstab Direktiven auszuarbeiten, die er Polen geben will.

Nach einer Main-Meldung erklärte Foch, daß die Lage Polens nicht sehr ernst sei. Er habe Polen den Rat gegeben, sich in der Defensive zu halten und eine natürliche Linie zu ziehen. Polen habe eine Grenze von 3500 Kilometer und sei ein junges Land, das noch nicht so organisiert sei, um eine große Armee aufzustellen.

Die Lage wird für die Polen ständlich bedrohlicher. Sowohl im Norden bei Wilna, als im Süden in Galizien rücken die russen Truppen unaufhaltsam vorwärts. Von polnischer Seite werden fieberhafte Anstrengungen gemacht, um den ruffischen Sturm zu überwinden. Die Hilfe der Entente bleibt vorläufig aus. Und doch ist Polen sicher nur mit der Gewißheit der ententistischen Unterstützung gegen Rußland ins Feld gezogen. Polen spürt bereits mit grauemert Deutlichkeit, was heißt, keine Selbständigkeit nicht aus eigener Kraft, sondern von mächtigen Händen empfangen zu haben. Gewiß hat Polen jahrzehntelang einen heldenmütigen Kampf um seine Freiheit geführt, aber jetzt ist es ganz einfach zum Freiloch der alliierten Diplomatie anserchen. Abern sich heute die Ziele der alliierten Diplomatie, was beispielsweise nach einer Verständigung mit Rußland durchaus möglich ist, so verliert Polen den Wert, den es für die Alliierten bedeutet, ist ganz klar. Das Ende aller großpolitischen Träume bedeutet, ist ganz klar.

Diese politische Voraussicht hätten die verantwortlichen Leiter der polnischen Politik besitzen müssen, che sie sich in den Krieg mit Sowjetrußland, das ihm den Frieden anbot, stürzten. Heute steht in Polen der blindeste Nationalismus seine Triumphe. Ihm werden wirtschaftliche, politische und kulturelle Notwendigkeiten geopfert. Statt das eben vom Weltkrieg abgenommene Land durch kluge Wiederaufbaupolitik, durch gründliche verwaltungstechnische und sozialpolitische Reformen innerlich zu festigen, die über ein Jahrhundert lang getrennten Völkerteile wieder zu einem einheitlichen Staatsganzen zusammenzufügen, treibt man eine kurzfristige Militärpolitik, die nicht einmal auf eigener Kraft basiert. Für Polen wird es ein schwerer Erwachen aus diesem Traum geben.

Eine tatarische Sowjetrepublik. Im Beisein des bolschewistischen Volkskommissars Wladimirski, eines Mitgliedes der türkischen kommunistischen Partei und von Vertrauensmännern Mustafa Kemal Paschas wurde in Kasan eine tatarische Sowjetrepublik proklamiert.

## Oskar Panizza

Von Ignaz Wrobel.

„Herr Wrobel! Ich habe ein Buch geschrieben. Das Buch ist gegen Deutsche da — man schreibt damit von der Straße die Menschen, die den Schick zu nahe gerückt sind.“ — „Denn Champagnerglocke sind keine Rede viel harmlos! Doch tritt auch nicht, ihr lieben Kinder der Gasse, denn kommt ein Uhr, macht gegen Kronen und Zehner ihr Front und sagt: „Adieu en retour!““

Oskar Panizza.

Oskar Panizza. Diesen Mann kennen heute nur noch ganz wenige, und auch seine Bücher sind größtenteils vergriffen, und er selbst lebt in Franken in einem Irrenhaus. Dahin brachte man im Jahre 1904 den Dr. Oskar Panizza, der wohl, als er noch bei Verstande war, der frechste und kühnste, der geistvollste und revolutionärste Prophet seines Landes gewesen ist. Einer, gegen den keine eine matte Zitronenlimonade genannt werden kann und einer, der in seinem Kampf gegen Kirche und Staat, und vor allem gegen diese Kirche und gegen diesen Staat, bis zu Ende gegangen ist. Götter und Römer hätte er gleichmäßig, und er hätte sie mit einer Inbrunst, einer Kraft und einem so starken Gefühl, daß die Flammen von damals noch heute zu uns herüberstrahlen und uns anfangen, als habe man sie heute angezündet. Für seine Komödie „Das Liebeskonzil“ wanderte Oskar Panizza anderthalb Jahre wegen Gotteslästerung ins Gefängnis — und abgesehen davon, daß man den § 168 des Deutschen Strafgesetzbuches, der da die Gotteslästerer verdammt, abschaffen sollte: dieses Urteil traf gewiß keinen Kleinen, denn er hatte die Faust zum Himmel hinauf geschüttelt und Gott wirklich gelächert — weil der die Synodus erfinden hatte. Es gibt keine Stelle in dem gesamten Schaffen Bedefrabs, die an Kühnheit und Größe an diese Szenen herankommt.

Im Gefängnis schrieb Oskar Panizza allerhand Dialoge und Besse, und als er dann entlassen wurde, ging er nach Paris. Von dem, was er damals im Jahre 1899 — also vor vierundzwanzig Jahren — über sein Land und über sein Volk geschrieben hat, ist uns einiges aufbewahrt. (Diese Dinge dürfen heute in

schmühsames Bonmot über ihn. Das ist immer so: Wem die Hände gefesselt sind, dem schlägt sich die Wut ins Gehirn. In Berlin werden täglich 40 000 Majestätsbeleidigungen begangen — die Alliierten. Erhebt ER aber, dann regt sich in ihnen das asiatische Gemüt, und sie stürzen zu Boden und küssen des Königs Hufe. Sind es keine Hausnächte? Wollen Sie mit diesen Deutschen die Welt erobern?“ — Und ist dieses Wort nicht noch heute die freieste Republik der Welt genau so gültig, wie es damals in der konstitutionellen Monarchie gültig war? — Heute? Heute wenn einer einen freien Gedanken ausspricht, bleiben ihm nur drei Wege: Irrenhaus, Gefängnis oder die Flucht, auf dem man dann erschossen wird.

Wertwändig prophetische Worte finden sich in diesem Dialog. Es ist da viel von asiatischer Sklavenhaftigkeit die Rede, und dann sieht da: „Berufen Sie sich nicht soviel auf den Osten. Erwarten Sie nicht soviel künftliches mehr von Rußland (1899). Dort hat es längst getagt. Jeder Gedanke ist dort ein Zündstoff, jedes Gemüt eine Mine. Rußland, dieses lauernde Gehirn, wird eines Tages fürchterlich hervordringen, und das Volk der Bakunins und Dostojewski wird sich seine Freiheit erkämpfen.“ Und bitten hart und wie ein Peitschenknall schlägt der Dialog: „Ich traue diesem Volke nicht, soweit es denkt. Denn soweit es denkt, es leig.“

Panizza stand dem Sozialismus nicht so nahe, daß er einen großen Einfluß auf seine Werke gewesen wäre. Hier begeht er einfach ein Verbrechen gegen die Deutschen auf (das ist mitunter ein Gegenjah) und was dabei herauskommt, wenn sich ein Mann, d. B. beim preußischen Militär rein menschlich und eben nicht militärisch benimmt, das wissen wir wohl alle. Weil aber die Literatur dieses Landes und seine Denker der Wirklichkeit gegenüber so wohlwollend himmelweit vorantürmen und weil ja noch der scheidenste Revolutionär aus dem Jahre 1848 heute, unter dem Pante-Sozialisten Ebert, ein Revolutionär ist, deshalb scheint mir gut, von Zeit zu Zeit einen alten Wein aus dem Keller zu holen, ihn gegen das Licht zu halten und zu sehen, das er alt, aber immer noch neu ist.

# Für Unternehmerinteressen

Aus Textilarbeiterkreisen wird uns geschrieben:  
Der von der Arbeitergewerkschaft längst abgeschüttelte Rechtssozialist Krähig, seines Zeichens Mitglied des Reichstages, Stoffschänder, Mitglied einer Textilbehörde, Mitarbeiter verschiedener, vornehmlich Unternehmerinteressen vertretender Zeitungen und Inhaber sonstiger Stellen, wendet sich seit langem gegen die Ausfuhrabgaben, welche die Textilindustriellen entrichten sollen. In Nummer 335 des „Vorwärts“ gibt er in einem Artikel: „Krise in der Textilindustrie“ tausendmal Gehörtes zum tausendsten Male wieder. Es ist dasselbe, was seit etwa einem Jahre die führenden Textilindustriellen, an ihrer Spitze Herr Frowein, in zahlreichen Sitzungen den Arbeitern und den Vertretern der Ministerien immer wieder zum Besten gegeben haben. In diesen Sitzungen ist es wiederholt vorgekommen, daß Kenner der Textilindustrie aus Kapitalistenkreisen, die an den Ausfuhrabgaben nicht persönlich interessiert sind, die Argumente der Unternehmer bezüglich der Arbeitslöhne, der Exportunterbindung und ähnlicher schöner Redensarten als irrig abgelehnt haben. Den mit der Textilindustrie nicht vertrauten Leuten mögen ja die Krähigschen Darlegungen imponieren. Es gibt ja so sehr wenig Menschen, wie seinerzeit schon Graf Posadowsky konstatierte, welche die schwierige Textilindustrie auch nur einigermaßen zu beurteilen vermögen. So erklärt sich, daß der „Vorwärts“ das Geschreibsel an leitender Stelle zum Abdruck bringt und damit sich zum Sprachrohr der Textilkapitalisten machen läßt.

Der Deutsche Textilarbeiterverband und mit ihm die beiden anderen bestehenden Arbeitnehmerverbände der Textilindustrie haben bisher die Anschauungen der Unternehmer abgelehnt. Besonders der Deutsche Textilarbeiterverband ist der Meinung, daß er in seinen Handlungen nicht nur die besonderen Textilarbeiterinteressen, sondern ebenso die Interessen der Gesamtarbeiterklasse zu vertreten hat. Er ist für Erfassung der Kriegsgewinne durch Reich, Staat und Gemeinde eingetreten; Balutagewinne, wie sie seit Jahresfrist von den Textilindustriellen eingeheimst werden, müssen den Kriegsgewinnen gleich geachtet werden. Darüber hinausgehend fordert der Verband die größtmögliche Befreiung des kapitalistischen Profits im Interesse der Gesamtheit. Zu den von den Gewerkschaftsspitzen und den sozialdemokratischen Parteien geforderten Ausfuhrabgaben hat der Verband von allem Anfang an erklärt, daß er sich bessere Methoden der Erfassung und Befreiung von Unternehmern vorstellen könne und die Ausfuhrabgabe durchaus nicht sein Ideal sei; daß er aber keinen Grund habe, die Ausfuhrabgaben abzulehnen. Er habe um so weniger Grund, als ja die opponierenden Interessenten auch jeder anderen Befreiung ihres Profites den schärfsten Widerstand entgegensehen und alle ihre sonstigen Deklamationen über Ruin der Industrie, Vernichtung des Exports infolge der Ausfuhrabgaben, von einsichtigen Menschen nicht ernst genommen werden können.

Die Textilindustriellen haben sechs Jahre lang trotz einer gewaltigen Produktionseinschränkung reich verdient; aber alle Kriegsjahre wurden in Profitmacherei übertroffen vom Jahre 1919. Mädelos fielen Milliarden in ihren Schoß. Nicht nur Balutagewinne wurden gemacht. Die Balutagewinne waren allerdings fabelhaft. Billige Rohstoffe, vermittelt vom Reich, standen bis in die jüngste Zeit den teuren Fertigfabrikaten gegenüber. Enorme Abschreibungen wurden von den Textilindustriellen gemacht, stille und offene Reserven wurden angelegt. Daneben wurde von einzelnen Unternehmern der Grundbesitz ganzer Dörfer aufgekauft. Immer wieder erklärten die Industriellen den Arbeitern: Wir müssen uns vorbereiten für die Zeit des Umschwunges. Wenn wir jetzt zurücklegen, können wir in der Zeit des Umschwunges mit den Preisen zurückgehen und die Beschäftigung aufrechterhalten. Das Ganze erweist sich als leere Rederei. So wenig die Industriellen entgegen ihren Versprechungen bei Aufhebung der Zwangswirtschaft auf „anständigen“ Preise bewirkt, daß zum Beispiel ein guter Wollzug heute mit Schneiderlohn 2000 Mark kostet, und mit Hilfe der ausgesperrten Kapitalreserve will man diesen mühseligen Gewinn garantierenden Wucherpreis aufrechterhalten. Die Unternehmer hatten mit ihrem Kampf um Aufhebung der Zwangswirtschaft Erfolg. Sie werden, das scheint uns sicher, auch Erfolg haben mit ihrem Kampf um Aufhebung der Ausfuhrabgaben. Die Unternehmer verstehen ihre Argumente plausibel zu machen und die geheimen Räte, auch die in der Reichsstelle für Textilwirtschaft, sind leicht geneigt, den Argumenten Gehör zu schenken. Es gelang den Unternehmern infolge ihrer unerbittlichen Ueberlegenheit, manchen ihrer Arbeiter einzulocken. Am meisten eingewidelt wurde der ohnehin allen möglichen Einflüsterungen zugängliche, bei der Reichsstelle für Textilwirtschaft beschäftigte Rechtssozialist Krähig.

Der Deutsche Textilarbeiterverband widerlegt sich dem Verlangen nach Aufhebung der Ausfuhrabgaben. Herr Krähig ist besorgt um die Textilindustriellen wegen der hohen Löhne, und er führt als Beweis die Lohnsteigerungen in Sachsen-Thüringen an. Vor etwa 14 Tagen tat dasselbe der bekannte Textilgroßindustrielle Herr Frowein. Herr Krähig spricht von den hohen Kohlenpreisen. Vor 14 Tagen tat das an anderer Stelle der genannte Herr Frowein. Aber heute, Herr Krähig und Herr Frowein, vergessen die Steigerung der Unternehmerngewinne und die Steigerung der Preise der Textilfabrikate gegenüberzustellen. Herr Frowein hat es sogar verstanden, die Vorlegung von Kalkulationen durch die Unternehmer zu hintertreiben. Herr Krähig wird das natürlich ganz in Ordnung finden.

Ohne im einzelnen auf die Steigerung der Löhne einzugehen, sei nur kurz gesagt: Im Verhältnis zur Steigerung der Lebenskosten und zu den Gewinnen der Unternehmer sind die Löhne der Textilarbeiter Hungerlöhne. Sie sind in Deutschland niedriger als im Ausland. Die Löhne der Textilarbeiter im Ausland sind durchweg mehr gestiegen als die Löhne anderer Berufsangehöriger. Herr Krähig spricht vom Goldzoll für eingeführte Rohstoffe und Halbfabrikate. Die Rohstoffe der Textilindustrie im engeren Sinne unterliegen keinem Zoll. Was die Textilindustriellen schreiben und was Herr Krähig natürlich glaubt, daß riesige Verluste infolge Lagerentwertung an Rohstoffen und Waren eingetreten sind, ist Schwindel. Alle Rohstoffmengen, welche in den letzten Monaten hereinkamen, wurden sofort verarbeitet und die hergestellte Ware sofort an den Mann gebracht. Daß natürlich hier und da Verluste entstehen, ist in einer so weit verzweigten Industrie selbstverständlich. Das Geschrei der Unternehmer über die ruinöse Wirkung der Ausfuhrabgaben ist vom einseitigsten Interessenstandpunkt diktiert. Das Geschrei wurde genau so erhoben zur Zeit, als bei sinkender Baluta die Riesengewinne eingeheimst wurden. Die nach Herrn Krähig jetzt „sicherhaft arbeitende“ Reichsstelle

für Textilindustrie hat in dem langen Jahr ruhig zugehört, wie sich das textile Kapital auf Kosten der Bevölkerung vermehrte. Herr Krähig sah mit ihr zu. Warum jetzt die siederhafte Arbeit der Reichsstelle für Textilwirtschaft und des Herrn Krähig im Interesse der Textilindustriellen?

Das Textilkapital ist in der Lage, die Ausfuhrabgaben zu tragen, und zwar ohne Schädigung der Industrie. Ueber die Höhe der Ausfuhrabgaben und die Befreiung eventueller Mängel bei Einziehung der Ausfuhrabgaben läßt sich selbstverständlich reden. Die gegenwärtige Krise ist eine Erscheinung der ganzen Welt, wie das z. B. der Staatssekretär Dr. Hirsch erst in den allerletzten Tagen vor einer Anzahl Wirtschaftspolitiker ausdrücklich konstatiert hat. Befremdend für einen Sozialisten ist das, was Herr Krähig zur Befreiung der Stodung vorzuschlagen weiß. Er spricht von der Gründung einer besonderen Beschaffungstelle. Dazu bedarf es des Vorschlags des Herrn Krähig nicht. Der Staatssekretär Dr. Hirsch hat die Errichtung einer solchen Beschaffungstelle bereits verlündet. Glaubt aber Herr Krähig mit einer Beschaffungstelle die Krise zu beheben? Geradezu lachnaft ist aber der zweite Vorschlag, durch Anlegung einer Textilwarenereserve zu helfen. Und das nennt sich Sozialist!

## Bureaucratische Manieren

### Zum Kapitel: Behandlung der Presse

Der Reichstagspräsident Lohse verbreitet zu dem Brande, der während der letzten Reichstagsungung im Fahrstuhl des Reichstages ausgebrochen war, eine berichtshafte Darstellung, für deren Abfassung allerdings wohl nicht er, sondern der Direktor des Reichstages, Herr Jungheim, verantwortlich ist. Diese Berichtigung ist ein kaum glaubliches Beispiel bürokratischer Gesinnung. Mehr als 50 Zeugen, Journalisten, Sicherheitspolizisten und Feuerwehrleute werden gegenüber Herrn Jungheim bezeugen können, daß der Fahrer des Fahrstuhls sich in größter Lebensgefahr befunden hat. Es ist unerhört, wenn Herr Jungheim behauptet, die Sicherheitswehr habe nicht die Tür eingeschlagen, während er sich davon überzeugen kann, daß noch heute die Trümmer der Tür die allerdings fast vergebliche Arbeit der mit Kolben und Bajonetten auf die eisenbeschlagene Tür einhämmernden Sicherheitspolizisten beweisen. Die Augenzeugen sind jederzeit bereit zu bezeugen, daß die Flammen bis zum nächsten Stockwerk sichtbar waren, und daß der Fahrstuhlführer durch die Feuerwehr mit Sauerstoffapparaten behandelt werden mußte. Es war lediglich ein glücklicher Zufall, daß in dem Fahrstuhl nicht mehrere Personen saßen, und daß vor allem kein Feuerlöscher mit leicht brennbaren Kleidern im Fahrstuhl befand. Ebenso unwarhaft ist die Behauptung, daß der Fahrstuhlführer sich selbst befreit habe. Nur durch die sofortige Benachrichtigung der Betriebswerkstätte gelang es, den Fahrstuhl vom Keller her aus seiner festgefahrenen Lage zu befreien.

Herr Jungheim hat allerdings alle Ursache, die Angelegenheit zu verschleiern, denn er trägt letzten Endes die moralische Verantwortung für diesen Vorfall. Seinem Einfluß ist es zu verdanken, daß die Parlaments-Journalisten noch immer als Menschen zweiter Sorte die Hintertreppe des Reichstages benutzen müssen, daß sie angewiesen sind auf einen Fahrstuhl, der sich jetzt als Menschenfalle entpuppt hat. Alle Proteste und Beschwerden gegen diese Rücksichtslosigkeit sind bisher vergeblich gewesen. Den bürokratischen Anschauungen des Herrn Jungheim entspricht es, die Menschen in mehr oder minderwertige Klassen einzuteilen. Die Abgeordneten haben deshalb ein besonderes Eingangsportal mit großer Freitreppe. Selbst das Publikum hat im Portal V einen einigermaßen würdigen Eingang. Aber die beruflich tätigen Journalisten müssen durch eine Wagenschleife, durch die Hintertür über den Hof, eine dunkle und dampfige Hintertreppe, um zu ihren Arbeitsräumen zu gelangen. Die dritte Klasse der Menschen, die Sekretärinnen, haben nicht einmal das Recht, die geheiligte Wandelhalle zu betreten.

Es ist die höchste Zeit, daß diesem Zustande durch das neue Präsidium des Reichstages ein Ende bereitet wird. Den Parlaments-Journalisten allerdings muß gesagt werden, daß sie selbst den größten Teil der Schuld an dieser unwürdigen Behandlung tragen, und daß sie es sich selbst zuschreiben haben, wenn sie sich weiterhin der Lebensgefahr in dem Hintertreppensfahrstuhl aussetzen. Ihre Organisation, der Verein der Parlaments-Journalisten, hat sich bisher auf acht untertanenmäßig gehorlamte Bitten und Anfragen und zahme Proteste beschränkt, anstatt endlich einmal Ernst zu machen und eine Behandlung, die der Bedeutung der Presse entspricht, dadurch zu erzwingen.

## Eingestelltes Hochverratsverfahren

Aus Anlaß der Abwehr des Kapp-Putsch hat das Volksgericht Hof in Bayreuth gegen eine große Anzahl oberfränkischer Arbeiter Strafen von sechs Wochen bis zu einem Jahr ausgesprochen, während noch nicht ein einziger Kappist verurteilt, geschweige denn hinter Schloß und Riegel gesetzt wurde. Mit besonderem Haß verfolgten die Gegner den Genossen Blumtritt, dessen Immunität der verflozene bayerische Landtag auf Antrag der Hofes Staatsanwaltschaft aufhob, um gegen ihn wegen „eines fortgesetzten Verbrechens des Hochverrats“ vorzugehen. Nach wochenlangen Erwägungen hat nun der Erste Staatsanwalt Hof das Verfahren gegen den Genossen Blumtritt mit folgender Begründung eingestellt:

„Das Verfahren gegen den Abgeordneten Max Blumtritt in Hof wegen eines fortgesetzten Verbrechens des Hochverrats stelle ich ein, da in dem Verhalten des Abgeordneten Blumtritt, soweit es äußerlich in Erscheinung getreten ist, der Tatbestand des Hochverrats nach §§ 81, 85, 86, R.St.G.B. nicht nachweisbar ist.“

Das wird für den berühmten bayerischen Justizminister Müller-Meinigen, der als Landeslandtagspräsident der Demokraten in den Landtag gerade noch hineingerutscht ist, doppelt schmerzhaft sein, um so mehr, als er noch kurz vor den Wahlen im Landtag in schärfster Weise gegen den Genossen Blumtritt losgezogen ist, um die Staatsanwaltschaft gegen ihn scharf zu machen.

Uebrigens wird unsere neue Landtagsfraktion beim Zusammentritt des bayerischen Landtags sofort einen Amnestie-Antrag einbringen.

## Die Sicherung der Abstimmung

Die Interalliierte Kommission hat für das westeuropäische Abstimmungsgebiet eine Verordnung erlassen, die den Zweck verfolgt, nach Möglichkeit die Ruhe und Sicherheit am Abstimmungstage im ganzen Gebiet aufrecht zu erhalten. Der Verkauf geistiger Getränke wird für die Zeit vom Sonnabend bis Sonntag vollständig untersagt. Gleichfalls ist es verboten, sich zur Abstimmung in geschlossenem Zuge zu begeben. Die Beeinflussung von Abstimmungsberechtigten durch Geld- oder Lebensmittel ist streng untersagt, ebenso das Tragen von Waffen. Die an Privatpersonen ausgegebenen Waffenscheine verlieren für die Abstimmungstage ihre Gültigkeit.

Die Balkanfrage. Nach einer Tagesmeldung aus Sofia soll sich der bulgarische Ministerpräsident Stambouloff um die Errichtung einer Balkanföderation bemühen. Man prüfe verschiedene Projekte, um eine Annäherung zwischen Bulgarien und den Balkanstaaten herbeizuführen.  
Vertrauensvotum für Giolitti. Wie aus Rom gemeldet wird, ist in der Kammer Sitzung vom 9. Juli dem Ministerium Giolitti mit 263 gegen 146 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen worden.

## Rußlands Antwort an England

29. London, 10. Juli.

Die englische Regierung hat nunmehr aus Moskau eine Antwort auf die von ihr an Krassin gestellten Forderungen erhalten. Die Entscheidung wird nach der Rückkehr Lord Georges nach London fallen.

Der Berichterstatter des „Daily Mail“ in Christiania erzählt, die von Krassin in unterzeichnete Note an England befolgt: Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß die Vorschläge Englands über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen für eine Art Waffensstillstand zu halten seien. Die Sowjetregierung habe ebenso wie die englische Regierung die Hoffnung, daß dieser Waffensstillstand einen Weg zum endgültigen Frieden öffnen werde. Gleichzeitig protestiere die Regierung gegen die Behauptung, daß sie beabsichtigt hätte in englische Rechte einzugreifen. Sie betone abermals, daß sie mit England nur in Frieden zu leben wünsche und daß das einzige Hindernis, zu einem Frieden zu gelangen, in der Tatfrage liege, daß England anscheinend nicht den gleichen Wunsch habe.

Die „Times“ hören von unterrichteter Seite, wenn die englische Regierung die Antwort befriedigend finde, werde sie die Sowjetregierung ersuchen, für die Fortsetzung der Londoner Verhandlungen Krassin und keine andere Persönlichkeit zu entsenden. Die Sowjetregierung habe die Absicht, eine besondere Abordnung nach England zu entsenden, die Vollmachten erhalten solle, um auch politische Fragen zu behandeln.

Die Bureaus, die Krassin in London inne hatte, werden für den Heimbeförderungsdienst der russischen Staatsbürger in England gebraucht. Die zurückgebliebenen Mitglieder der russischen Abordnung verjagen inzwischen, Verträge mit englischen Kaufleuten abzuschließen.

## Die Zukunft der Sicherheitspolizei

Die B. P. A. verbreiten eine anscheinend aus dem preussischen Ministerium des Innern stammende Notiz, die sich gegen unsere Darstellung vom militärischen Charakter der Sicherheitspolizei wendet. Eingeleitet wird diese Notiz mit den blühenden, aber scheinbar unvermeidlichen Vorwürfen, wir wollten der Sicherheitspolizei in dem Augenblick, in dem bereits in Spaa die Entscheidung gefallen sei, in den Rücken fallen. Die hohen und höchsten Behörden des Reichs und Preußens sollten sich doch endlich freimachen von diesen subjektiven Unterstellungen, die zwar nicht der Klärung der Sachlage dienen, aber aufs glücklichste der Urteilskraft weiter Volkstheorie angepaßt sind. Zur Sache selbst wird alles befristet, was wir behauptet haben. Herr Severing habe lediglich zum Ausdruck bringen wollen, daß die Sicherheitspolizei keine militärischen Lehungen in Verbänden vornimmt, keine Übungen im Zusammenwirken mit verschiedenen Truppengattungen, keine Feldübungen. Die jetzt beliebte Art des Exerzierens wird als Selbstverständlichkeit für eine disziplinierte Truppe bezeichnet.

Wir sind der Meinung, und weite Kreise der Angehörigen der Sicherheitspolizei stimmen uns darin bei, daß es zur Erhaltung der Disziplin und zur Schulung der Kräfte für den Polizeidienst keineswegs nötig ist, den Kalenderrill wieder aufleben zu lassen. Wird die Sicherheitspolizei ihres militärischen Charakters entkleidet, so kann das für die Sicherheitspolizei und die Bevölkerung nur zum beiderseitigen Vorteil sein.

## Senatswahlen in Bremen

Bremen, 10. Juli.

In der gestrigen Bürgerchaftsstimmung wurde die Wahl des Senats vorgenommen: Es wurden je sieben Mitglieder der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gewählt. Fünf Mitglieder des alten Senat wurden wieder gewählt.

Die unabhängigen Sozialisten haben es abgelehnt, die Bildung in die Hand zu nehmen, auch sich an der Einziehung eines Geschäftsenates zu beteiligen. Die Mehrheitssozialisten haben gleichfalls die Beteiligung an einem Geschäftsenate abgelehnt, jedoch sich bereit erklärt, diesem die Erledigung des Staatshaushaltes parlamentarisch zu ermöglichen.

## Die Forderungen der Arbeiter in Golsa

D. A. Golsa, 10. Juli.

Die Streikenden haben heute ihre Forderungen überreicht. Sie verlangen gleich den Bergarbeitern des Bergwerks Golsa 15 Mark Zulage pro Schicht. Die Steuerfrage ist in den Forderungen nicht berührt und die Lebensmittelfrage erscheint dadurch erledigt, daß die Lebensmittelpreise von der Bevölkerung herabgesetzt wurden. Die Kostlandsarbeiter werden verrichtet, so daß es möglich ist, den Reichswerken in Wittenberg Strom zu liefern und auch den Kraftwerken in Bitterfeld, von denen Berlin einen Strom bezieht. Berlin erhält allerdings nur 12.000 Kilowatt gegen 30-35.000 Kilowatt, die es bisher erhalten hat.

Keine offizielle Beteiligung Amerikas auf der Brüsseler Finanzkonferenz. Es wird berichtet, daß die Vereinigten Staaten auf der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel nicht offiziell vertreten sein werden.

## Die Ausschlußaffäre im Zentralverband der Angestellten

In der Nummer 283 haben wir eine Zuschrift von Paul Langens an die „Rote Fahne“ teilweise abgedruckt. Zu dieser erhalten wir aus dem Kreise der Beteiligten folgende Richtigstellung:

Es ist nicht richtig, daß die Berliner Ortsverwaltung in der Frage der Bekämpfung der Technischen Rottfäule und der Propagierung der Industrieverbände den Standpunkt der Opposition teilt, denn sonst hätte diese die Förderer der technischen Rottfäule in ihrem Kreise nicht gebildet und in der Frage der Industrieverbände der Geschäftsführer Kreis Schmidt nicht wiederholt gegen die Propagierung der Industrieverbände auftreten können, ohne von den anderen Mitgliedern der Geschäftsleitung widersprochen zu werden. Dann wird die Behauptung der Berliner Ortsverwaltung wiedergegeben, wonach angeblich gegen die vom Ausschluß Betroffenen wegen fortgesetzter sabotierender Tätigkeit der Organisationsarbeit vorgegangen werden müßte. Diese Behauptung ist ein glatter Schwinkel, denn trotz krampfhaften Bemühens konnte die Berliner Ortsverwaltung den Beweis nicht erbringen, daß die Ausgeschlossenen gegen einen Beschluß der ordentlichen Instanzen der Berliner Ortsgruppe verstossen haben. Bisher wurde diesen nur zum Vorwurf gemacht, daß sie die Erklärung, die sie als Minibrot in einer Aso-Kommissionssitzung abgegeben haben, auch den Mitgliedern zugänglich gemacht haben, und daß sie die Beschlüsse der sogenannten Betriebsräteverjammlung als nicht bindend erachteten, da in den fraglichen Bestimmungen nicht nur Betriebsräte, sondern ohne jede Kontrolle jeder Einfluß fand. Dann wird gegen den Genossen Felix Hirsch der Vorwurf erhoben, daß er sich in einer Anknüpfung einer Betriebsräteversammlung als Zentralverbandmitglied bezeichnet hat. Die Frage der Organisation der Betriebsräte ist nicht eine Organisationsfrage des Zentralverbandes der Angestellten, sondern eine Frage der Arbeiterbewegung. Demzufolge steht jedem das Recht zu, diese Angelegenheit in ihm geeigneter erscheinender Weise zu diskutieren. Aber weil die Opposition im Zentralverband der Angestellten es sich nicht gefallen ließ, daß die Zukunft der Angestelltenbewegung nur allein von dem Nachhunger einiger „Führer“ abhängig gemacht wird, hat sie sich den Haß dieser Herrschaften zugezogen, der soweit geht, daß sie vor den mächtigsten Mitteln nicht zurückweichen. Einen Beweis dafür haben sie in der letzten Delegiertenversammlung erbracht. In ähnlicher Weise ist schon oft seitens der Geschäftsleitung, und nicht von der Opposition, die Organisationsarbeit sabotiert worden.

# Billige Angebote!

**Sommer-Morgenröcke**  
gute Stoffe, moderne Formen ..... 75<sup>00</sup> 95<sup>00</sup> 125<sup>00</sup>

**Angebot I: Mousseline**  
Meter **9<sup>50</sup>**  
in vielen Mustern, ca. 80 cm breit  
bedruckt, ca. 110 cm br.,  
mit kleinen Blumen-  
mustern  
**Tüll**  
**Voile u. Batist**  
in verschiedenen Blumen- und  
Streifenmustern

**Angebot II: Batist**  
Meter **14<sup>50</sup>**  
bedruckt, in sparten Mustern  
**Mousseline**  
mit schönen Mustern bedruckt,  
ca. 80 cm breit  
**Crepe**  
einfarbig,  
mit  
Effektstreifen.

**Angebot III: Crepe**  
Meter **19<sup>50</sup>**  
gemustert, in  
verschiedenen  
Farben  
**Voile**  
bedruckt, in mo-  
dernsten Blumen-  
mustern  
**Batist**  
einfarbig, be-  
steckt, in ver-  
schieden-  
en Mustern, circa 130 cm breit.

**Angebot IV: Kleiderlein.**  
Meter **24<sup>50</sup>**  
(limitiert), ca. 100 cm breit  
in verschiedenen Farben  
**Voile**  
einfarbig, be-  
steckt, in ver-  
schied. Mustern  
ca. 100  
cm breit  
**Voile**  
bedruckt, in  
mod. Mustern,  
ca. 100 cm breit

## Seidenstoffe

**Blaugrüne Schotten** reine Seide Meter **29<sup>50</sup>**  
**Serge für Jackenfutter** Meter **39<sup>50</sup>**  
**Paillette-Seide** schwere Qualität, 85 cm breit ..... Meter **69<sup>50</sup>**  
**Taffet** schwarz, 85 cm breit, ..... Meter **59<sup>50</sup>**  
**Bast** bedruckt, doppeltbreit ..... Meter **64<sup>50</sup>**

## Kleiderstoffe

**Fantasiestoffe** gestreift u. kariert auf hell und dunkel Fonds **29<sup>50</sup>**  
**Schwarzweisse Karos** div. Stoffg., ca. 110 cm br. **37<sup>50</sup>**  
**Kostümstoffe** 140 cm breit ..... Meter **69<sup>50</sup>**  
**Batist** reine Wolle, doppeltbreit, in vielen Farben ..... **39<sup>50</sup>**  
**Seiden-Frotté** in modernen Farben ..... **39<sup>50</sup>**

# Hermann Tietz

**Damen-Hemden** **31<sup>50</sup>**  
fester Stoff, mit Silber-Garnierung .....  
**Batist-Hemden** **49<sup>50</sup>**  
mit Spitze garniert .....

**Theater und Vergnügungen**  
**Volkstheater**  
7 1/2 Uhr:  
**Bruder Martin**  
nachm. Die Fledermaus  
**Neues Volkstheater**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Strohwitwe**  
Wahl von Leo Bled.  
**Großes Schauspielhaus**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
Abends 7 Uhr:  
**Die Strohwitwe**  
Wahl von Leo Bled.  
**Deutsches Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Weib und Hampelmann**  
**Kammerstücke**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Strohwitwe**  
**Theater des Westens**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Habentater**

**Ehemaliges Voigt-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die lustige Witwe**  
Er muß taub sein!  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der liebe Augustin**  
**Kammer-Tanzspiele**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Strohwitwe**  
**Berliner Brater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
**12 Variete-Sensationen**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Großer Ball**  
**Theater am Kottbuser Tor**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Leipziger Fritz-Weber-Sänger**  
**Apollo-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Unübertreffliches Variete-Programm!**

**Volkstheater, Theater am Bülowplatz**  
Sonntag, den 11., Mittwoch, den 14. Juli ab.  
nachmittags 3 Uhr  
**Die Fledermaus**  
Operette von Johann Strauß  
unter Mitwirkung des  
Blüthner-Orchesters  
Regieleitung: Maximilian Moris  
Kassenpreise: 10,-, 7,50, 5,-, 4,- und 2,50 Mk.

**Variete-Garten**  
Die größten und billigsten Varietebühnen Berlins  
**Unsere Programme sind unerreicht**  
In jedem unserer Gärten  
**12 Attraktionen 12**  
u. a.: 2 Hölle, Handkudens, Victor Ritter, Berlin  
Schiff-Schau, 3 Orchester, 2000 St., 2 Musikanten,  
Soubretten auf rollender Kugel, Charles & Co. dem  
Kobolden, Fritz Frau, Berlin's beliebteste Sourette,  
Coco Callio, beliebige Tänzerin mit Schlingel, 4 Damen,  
Schleuder-Kugeln, 3 Hölle, Kugel-Spiel, 2 Mars-  
kants, Gladiatoren-Spiele, usw.  
Jeden Donnerstag bzw. Mittwoch  
**Elite-Brillant-Feuerwerk**

**Küchen**  
solange Vorrat reicht  
von **Mark 550** an  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
bedeutend ermäßigt  
**Winkelhülle Schaner**  
Kiepenstraße 14 b

**Fahrräder billiger!!!**  
Neue Herren und Damenfahräder  
mit reichhaltiger Ausstattung  
**Fahrradgummi billiger!!!**  
Neue Laufmatten 28x1 1/2 80, 90, 100, 110 M.  
Luftschläuche 25, 30, 35 M. Sämtl. Fabrikate am Lager  
**Fahrradzubehörteile billiger!!!**  
Reue Ventilatoren 10 M. er. Ketten 15 M. er. Blockketten 20 M.,  
58 Ketten 25 M., Pedale Paar 25 M., Fußpumpen 10 M.,  
Nahempumpen 10 M., prima Lederfelle 40 bis 55 M.,  
Freilaufnähkränze 25 M., gepannte Näder 25 bis 50 M.,  
Schulglocke, komplette Garnitur, 20 M., Deckkappe 1 M. usw.  
**60 Stück Automobile. 175 Bootsmotore von 10 bis 75 PS.**  
**Ernst Machnow, Weinmeisterstr. 14**  
Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer

**Königsgräber Straße**  
**Geständnis**  
Komödienhaus  
Abends 8 Uhr:  
**Der letzte Walzer**  
**Leffing-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Leopoldine Konstantin**  
in Das Glas der Jungfrau  
**Deutsch. Kunst-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die bessere Hälfte**  
mit Max Waldert  
**Rose-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Ein Walzertraum**  
Abends 7 Uhr:  
**Die Nacht um d. Erde**  
**Neues Operettenhaus**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Georges Vanpale's**  
Natalis, phantastisch, Ballet  
Vorher:

**Schaubühne**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
**2. Meißner-Beitrag**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
**16**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
**Berliner Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
**Leffing-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**  
**Berliner Kinder**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die 3 Zwillinge**

**Blumengarten** Oberbörsowende  
Obersprea  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Feuerwerk & Konzert und Ball**  
Familien können Kaffee kochen.

**NEUE WELT, Hasenheide 108/114**  
Montag, den 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr:  
**Konzert des Blüthner-Orchesters**  
mit dem Volksliedchor des Berliner Südens  
Dirigent: Paul Scheinpflug.

**Kammer-Tanzspiele**  
Bülowstraße 6 Am Nollendorfpfatz  
Telephon: Lützow 2305  
Täglich  
7 1/2 Uhr:  
**Orientalisches Ballett**  
und Schönheitstänze

**Roederer Kahn & Harber**  
Dampfer-Extrazug  
Fahrt ab  
**Teupitz** (Zarnow)  
Jeden Sonntag 8 Uhr:  
**Krampenburg**  
Jeden Donnerstag 10 Uhr:  
**Zeuthen**  
abends 10 Uhr:

**Täglich frische Seefische**  
u. Räucherwaren  
Geestmünder Fischhalle Steglitz  
Albrechtstr. 131. Ecke Doppelstr.

**Prozesse**, Rat, Beistand, m.d. Preis, Teilzahlung,  
Ehe-, Aliment-, Strafsachen, Gnaden-  
Landgericht Dr. v. Kirchhoff  
Alexanderstr. 45. Geschäfts- (geg. Tietz) 8-7. Glanz. Erfolge!  
Boobacht. Nitw. nam. Juristen. Sonntag 10-12 Vertrauenssache.

**Prinzessin Friedl.**  
**Trianon-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der große Erfolg**  
**Maskerade**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Südfried**  
**Residenz-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Internationale**  
**Sommerth. „Groß-Berlin“**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Internationale**  
**junge Mädchen**  
träumen?  
ab 5/11. Spezialitäten

**HEUTE!!**  
**Ostmarken-Tag der Verbände heimatsreuer deutscher**  
**West- und Ostpreußen Groß-Berlins**  
Am Abstimmlungstage, Sonntag, den 11. Juli 1920, von abends  
8 Uhr an, in den gesamten Räumen der Berliner Phil-  
harmonie, Bernburger Straße 22-23 (Nähe Potsdamer Platz)  
unter Mitwirkung von  
Schauspieler Hans Mühlhofer, Kapellmeister Clemens Schmalstieg  
Opernjäger Carl Clewing, Schriftsteller Wilh. Conrad Gomoll  
Berliner Männer-Gesang-Vereinigung Chorleiter: Georg Brandt  
Kapelle des Deutschen Musiker-Verbandes Dirigent: Gustav Baumann  
Film-Vorführungen!  
Die Abstimnungsergebnisse gehen dem Ostmarken-Tag telegraphisch zu und werden  
sodann im Laufe der gesamten Nacht durch Lichtbilder bekanntgegeben. Die  
Zuschauerpausen werden durch landesmannschaftl. Ansprachen und musikalische Darstel-  
lungen ausgefüllt. Eintritt frei!

**Spezialarzt Dr. Elpern**  
für Haut- und Geschlechtsleiden  
Blutuntersuchungen  
Dr. Frankfurter Straße 37  
Strausberger Pl., Ecke Weberstr.

**Deutsche Schokolade**  
Mk. 4.55 bis 100-Gramm-Tafel  
Mk. 2.00 bis 50-Gramm-Tafel  
in Zugspackung  
Mk. 3.50 bis 100-Gramm-Tafel  
Mk. 2.95 bis 50-Gramm-Tafel  
**G. Wechselmann**  
Berlin W. 9, Linkstraße 20, Hof links I.  
Fernsprecher: Nollendorf 870. Telegrammadr.: Schokoladen Berlin.

**Künstler - Zeichner**  
**Photographen**  
Aktuelle Bilder und Landschaften,  
humoristische Zeichnungen, politische  
Karikaturen usw. laufend gesucht. Probe-  
arbeiten, welche sofort zurückgesandt  
werden, erbeten. Offerten unter B.W. 1,  
a. d. Expedition der Freiheit, Breite Str. 8-9.

In den nächsten Tagen erscheint:  
**Das Reichseinkommensteuergesetz**  
Mit Einleitung und Erläuterungen  
von Eugen Prager  
36 Seiten :: Preis 4 Mk.  
Zum Gebrauch für Arbeiter, Angestellte u. Gewerbetreibende  
Sofortige Behebung erbeten  
**Berlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.**  
Abteilung Buchhandlung :: Berlin S. 2, Breite Str. 8/9

**Nebenverdienst**  
bis 1000 M. monatlich, leicht zu Hause, ohne Vorkenntnisse  
Dauernde Tätigkeit. Näheres durch direkte Anfrage durch  
S. Wehrli & Co., G. m. b. H.,  
Berlin-Pichlerfeld, Postfach 110.

**Botenfrauen**  
für dauernd stellt sofort ein  
**Spedition Tempelhof**  
Werder Straße 31

**Spezialarzt**  
Dr. med. Norden  
für Syphilis, Gonorrhoe, Frauen-  
leiden, Schwäche, Venenkrank-  
heit, Schilddrüse und Schilddrüse  
ohne Verzicht auf Blut- und Harn-  
untersuchung. (Häuten im Horn).  
**Friedrichstr. 81**  
gegenüber  
**Sönigstr. 56-57**,  
Sprechst. 10-1, 10-11, Sonn- 10-1  
Täglich. Separ. Damenzim.

**Metalleinkauf**  
**Engros-Preise**  
Lichtmann & Co., Dragoner-  
straße 49 a, a. Schöneberg, Tor.  
**Armeepistolen**  
und Jagdwaffen kaufen  
J. W. Böhmer & Co.  
Gemeinfabrik  
Berlin SW 68, Lindenstr. 90.

**Anzeigen**  
haben keinen  
**Zweck**  
wenn sie nicht richtig oder  
nicht zweckentsprechend sind  
Sachgemäße Beratung und Entwürfe  
kostenlos in der Anzeigenabteilung  
der Verl.-Genossenschaft „Freiheit“  
**Rotguss und Messing** in den höchsten Tages-  
preisen, sowie sämtliche Metallteile kaufen jeden Vollen  
**Hermann Tasche & Co.**  
Anhalterstr. 1, Gasse Albiner Str. Tel. Sglt. 3584  
2. Geschäft: Gasse Albiner Str. 34, Ecke Gendarmenstr.



# Antwort an das Exekutivkomitee

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale auf das Schreiben vom 5. Februar 1920 folgende Antwort übermittelt:

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat anlässlich des Beschlusses unseres Leipziger Parteitages und des Briefes unseres Parteivorstehenden Crispian vom 15. Dezember 1919 ein umfangreiches Schreiben veröffentlicht, das in erster Linie an alle Arbeiter Deutschlands gerichtet war. Es hat zugleich der Wunsch ausgesprochen, die Frage der internationalen Organisation vor den breiten Arbeitermassen zu erörtern. Wir schließen uns diesem Wunsch an und übermitteln unsere Antwort dem Exekutivkomitee mit der Bitte, sie allen Arbeitern Russlands, wie allen Sektionen der Internationale zugänglich zu machen. Auch wir sagen, daß die Aufrichtung einer aktionsfähigen revolutionären Internationale nicht das Ergebnis einer hinter den Kulissen abgeschlossenen Vereinbarung und auch nicht das Produkt der Beratung eines Konzils auserwählter Führer, sondern nur das Ergebnis reiflichen Ueberlegens und tatkräftigen Handelns der breiten Massenbewußten Arbeitermassen selbst sein kann. Soweit Deutschland in Frage kommt, haben wir deshalb stets an dem Grundsatz festgehalten, daß die entsprechenden Beschlüsse nicht von oben her den Arbeitermassen oktroyiert werden dürfen, sondern daß solche Beschlüsse nach eingehender sachlicher Erörterung von den Parteimitgliedern selbst gefaßt werden müssen. Erörterungen über die Frage der Internationale fanden in Deutschland statt in den Monaten vor dem Leipziger Parteitag, der unsere Stellung zur Frage der Internationale präziserte. Diese Erörterungen werden jetzt fortgesetzt, nachdem die vorbereitende Lätioseite der Parteileitung mit der Entsendung einer Kommission nach Moskau einen gewissen Abschluß erreicht hat.

Zu dem Antwortschreiben des Exekutivkomitees vom 5. Februar 1920 wie auch in dem Telegramm Kadel's vom 27. Mai 1920 wird der Vorwurf gegen uns erhoben, daß wir die Kundgebungen des Exekutivkomitees der Arbeiter-schaft vorzuziehen und den Anstoß an die dritte Internationale sabotiert hätten. Den Vorwurf der Sabotage haben wir durch unseren öffentlichen Bericht über die Bemühungen des Zentralkomitees der U. S. P. D. zur Durchführung des Beschlusses unseres Leipziger Parteitages als vollkommen unberechtigt nachgewiesen. An dieser Stelle sei nur nochmals betont, daß wir das von Sinowjew unterzeichnete Schreiben vom 5. Februar 1920 erst am 9. April 1920 erhielten. Es hat also rund vier Monate gedauert, bis wir endlich eine Antwort auf unser Schreiben vom 15. Dezember 1919 in unseren Händen hatten. Die Antwort erreichte uns zu einer Zeit, wo wir noch überaus stark durch den Staatsstreik der Rapp-Lüttwiche in Anspruch genommen waren. Unmittelbar darauf setzte der Wahlkampf zum Reichstag ein, bei dem es weder uns, noch den Parteimitgliedern möglich war, zu dem mittlerweile vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale veröffentlichten Dokument ausführlich Stellung zu nehmen. Die kommunistische Presse hat dies zwar getan, allerdings weniger unter dem Gesichtspunkt der politischen Aufklärung der Massen und der Ermöglichung einer aktionsfähigen revolutionären Internationale, als unter dem des Herunterreißen unserer Partei und der Ausschaltung der Frage der Internationale zu wahl-demagogischen Zwecken gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Wir verzichteten darauf, den Kommunisten auf dies Gebiet zu folgen, weil eine Auseinandersetzung mit derartigen Mitteln weder der revolutionären Arbeiterschaft in Deutschland noch der Internationale nützlich wäre. Nun, wo der Wahlkampf zu Ende ist, können wir die im Antwortschreiben des Exekutivkomitees zur Erörterung gestellten Fragen mit jener Ausführlichkeit behandeln, die ihrer Bedeutung für den Aufbau der Internationale entspricht.

Es berührt eigentümlich, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das schon in Anbetracht seiner Stellung sich der Pflicht bewußt sein sollte, den mit

ihm in Verhandlungen tretenden revolutionären Arbeiterorganisationen des Auslandes mit aller gebotenen Logik entgegenzukommen, sein Antwortschreiben an uns auf der These aufbaut, daß „die Arbeiter, die der U. S. P. angehören, ganz anders gestimmt sind, als der rechte Flügel ihrer Führer“. Dieser Satz, der sich wie ein roter Faden durch das ganze Antwortschreiben zieht, gewinnt erhöhte Bedeutung durch den folgenden Satz: „Dies ist der Ausgangspunkt unserer Beurteilung der Lage in der U. S. P.“ Das Exekutivkomitee geht also davon aus, daß die gesamte Politik der U. S. P. von dem „rechten Flügel“ ihrer Führer bestimmt wird und indem es

## Verfassungsbruch! Angestellte! Arbeiter!

Das Koalitionsrecht ist euch genommen. In dem berechtigten Streik der Rechtsanwaltsangeestellten haben die Rechtsanwälte durch ihren Vertreter, Rechtsanwalt Emil Roth, Friedrichstr. 48, folgende einstweilige Verfügung vom Landgericht 2, Zivilkammer 15, erwirkt:

15. A. 33/20.

### Beschluß

Auf Antrag 1. des Berliner Anwaltsvereins e. V. zu Berlin, vertreten durch die beiden Vorstandmitglieder Juristat Julius Magnus und Rechtsanwalt Willy Althertum, beide zu Berlin, 2. des Rechtsanwalts Frih Poewe zu Berlin, Französishe Straße 28, 3. des Rechtsanwalts Willy Althertum zu Berlin-Dahlem, Vorklagener Straße 55, Antragsteller, sämtlich vertreten durch Rechtsanwalt Emil Roth zu Berlin, Friedrichstraße 48,

gegen

1. den Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, Veltel-Allee 7/10, vertreten durch seinen Vorstand, Antraggegner, wird im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

Dem Antraggegner wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben, alle Handlungen zu unterlassen, durch die der Streik der Rechtsanwaltsangeestellten in Groß-Berlin eingeleitet, gefördert, oder sonst unterstützt werden könnte, insbesondere

- 1. Aufrufe, Ermahnungen und Aufforderungen dieses Inhalts in Wort und Schrift,
2. Einberufung von Streikversammlungen und Beteiligung von solchen in jeder Form,
3. Zahlung von Streikunterstützungen,
4. Organisation des Streikpostendienstes.

Berlin, den 8. Juli 1920.

Landgericht, Zivilkammer 15.

gez. Schulz, Böhn, Roth

GE. Anwesend, Berlin, den 9. Juli 1920.

gez. Lange,

Gerichtsschreiber des Landgerichts II.

Diese Verfügung ist ein Schlag ins Gesicht der Angestellten und Arbeiter. Der Zentralverband der Angestellten hat bereits die erforderlichen Schritte zur Aufhebung dieser Verfügung eingeleitet. Sollte dem nicht umgehend Rechnung getragen werden, so ist die Angestellten- und Arbeiterschaft entschlossen, den Kampf gegen die Strangulierung der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte aufzunehmen. Die Richter, die eine solche Verfügung erlassen, benügen ihren unabhängigen Stand dazu, den Arbeitern und Angestellten ihre elementarsten Rechte zu nehmen. Dem muß die Arbeiter- und Angestelltenschaft mit allen Mitteln begegnen und sich bereit halten, zu entschlossener Abwehr gegen jeden Eingriff in ihre elementarsten Grundrechte. Den Angestellten, denen zunächst dieser Kampf aufgezwungen ist, wird die organisierte Arbeiterschaft solidarisch und stets hilfsbereit zur Seite stehen.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

diesen Führern unterstellt, daß sie zwar geneigt seien, „alles mögliche mit Worten anzuerkennen, aber die tatsächliche Entwicklung der Revolution auf diese Weise hemmen“, unterstellt es der gesamten Partei, unterstellt es den Hunderttausenden in der Partei Organisierten und den Millionen ihr folgenden Arbeitern, daß sie entweder bewußt ihre programmatischen Erklärungen verleugnen, oder daß sie in schwächlicher und dumm sind, daß sie sich von einem Häuflein „opportunistischer Führer“ irreführen lassen.

Wir vermissen in solcher Auffassung jede Spur einer marxistischen Betrachtung der revolutionären Bewegungen in anderen Ländern. Gerade die russischen Genossen sollten aus ihrer eigenen Erfahrung wissen, daß sich in Zeiten grundstürzender Umwälzungen die Massen ihre Wege und Ziele nicht von einem Häuflein von Führern vorschreiben lassen, sondern, daß solche Bewegungen sich entsprechend den Bedingungen des revolutionären Kampfes ihre Ziele und Aufgaben selber setzen und aus sich heraus ihre Führer hervorbringen. Wenn dies schon für Rußland zutrifft, wie viel mehr für Deutschland mit seinen reicheren, straffer organisierten und politisch geschulteren Proletariat. Will das Exekutivkomitee die Theorie und die Praxis des deutschen Proletariats kritisieren, so ist das sehr gutes Recht. Es muß aber dessen eingedenk sein, daß die Methode des Auspielens der „rechten Führer“ gegen die Massen den Eindruck erwecken muß, als sei es dem Exekutivkomitee weniger darum zu tun, sachliche Kritik zu üben, als den Keil der Spaltung in eine Partei hineinzutreiben, die heute mehr denn je den Anspruch erheben darf, die Repräsentantin des revolutionären Proletariats Deutschlands zu sein.

Zur Begründung dieses Vorgehens wird in dem Antwortschreiben eine Reihe von schwerwiegenden Anklagen gegen die „rechten Führer“ der U. S. P. erhoben, die, wenn sie begründet wären, es als vollkommen rätselhaft erscheinen ließen, wie die Massen der U. S. P., die angeblich selbst auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehen, sich von derartigen Sündern und Verrätern führen lassen. Vor den deutschen Arbeitern brauchen wir auf diese Anklagen eben, weil ihre Grundlosigkeit augenfällig ist, nicht mehr einzugehen. Aber vor dem Forum der russischen Arbeiterklasse und dem des gesamten internationalen Proletariats müssen wir doch darauf hinweisen, daß diese Anklagen entweder das Produkt böswilliger Entstellung der Tatsachen oder der ungenügenden Kenntnis der revolutionären Entwicklung in Deutschland sind. Wir müssen es zurückweisen, daß die „opportunistischen Zentralkomitee“ unserer Partei (unter denen immer wieder die Führerschaft der U. S. P. verstanden wird), während des Krieges das Proletariat von allen Massenaktionen zurückgehalten und die Verteidigung des „bürgerlichen Vaterlandes“ unterlassen haben. Vielmehr gehörten auch diese Genossen zu den Vorkämpfern der Partei, die den Kampf gegen die Kreditwilliger und Durchhaltepostifker aufnahmen, sich in Zimmerwald Rienthal und Stockholm mit den revolutionären Vertretern der anderen Länder zusammenfanden, im Januar 1918 den Generalkreis der deutschen Arbeiterschaft organisierten, für die Beendigung des Krieges und gegen die Vergewaltigung von Sowjetrußland.

Der grundlos hingeworfene Vorwurf, daß die U. S. P. D. es an revolutionärer Tatkraft habe fehlen lassen, erledigt sich durch die in Deutschland selbst hinlänglich bekannte und jederzeit dokumentarisch nachweisbare Tatsache, daß in allen revolutionären Aktionen gegen den Krieg zur Durchführung des Sozialismus vom Jahre 1917 an bis heute in Deutschland die U. S. P. die Führung hatte und daß dabei Tausende von Genossen Freiheit und Leben geopfert haben.

Die Form, in der diese Kämpfe geführt wurden, kommt hier weniger in Betracht. Für sie gab und gibt es nach unserer Ueberzeugung keine allgemein gültige Formel, sie ist vielmehr abhängig von der jeweiligen politischen Situation, von Zeit und Ort, und über ihre Tauglichkeit entscheidet letzten Endes der Erfolg oder der Mißerfolg, den sie gehabt hat.

Gegen die „rechten Führer“ der U. S. P. D. wird vom Exekutivkomitee geltend gemacht, daß sie zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit den Rechtssozialisten eingetreten sind. Dieser Vorwurf ignoriert völlig

# Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Fast den ganzen Tag irre ich in der Stadt umher. Ueberall besuche, suche, betrachte ich aufmerksam das Leben und die Menschen. Es kommt mir vor, als sei ich ein Mensch von einem anderen Planeten, der durch ein Wunder auf die Erde gekommen ist, und während dieser kurzen Zeit meines Aufenthaltes trachte ich, alles zu verstehen, alles zu ergründen, alles mit meinem Blick zu durchdringen. Gott weiß, vielleicht ist es teilweise Selbsterhaltungstrieb? Den ganzen Tag irre ich in den Straßen umher, betrachte voll Argwohn die Menschen und das Leben; sollte ich mich vielleicht vor ihnen fürchten?

Ich weiß, daß dieses neue Leben, diese neuen Menschen, mich unwiderstehlich mit sich reißen werden, mich wie ein Sandforn verschlingen und mich zwingen werden, dem wahnwitzigen Wirbel ihres unverständlichen Lebens nachzugehen, daß sie mich tief in den Schatten hineinziehen werden, bis ich ertrinken muß.

Früher, vor dem Kriege, kannte ich dieses Leben und diese Menschen, oder ich lebte wenigstens in dem Selbstbetrug, sie zu kennen. Jetzt aber stehen diese neuen Menschen, dieses Leben so unverständlich, so rätselhaft so erschreckend vor mir, ich versuche das Geheimnis zu erraten, wer sie sind, die mich unwiderstehlich verschlingen müssen?

Noch eines ist besonders charakteristisch, etwas, was ich vor dem Kriege nicht gekannt habe, was sich aber während des Krieges immer mehr in mir entwickelt hat, um mich vollkommen der Macht des neuen Gebieters preiszugeben. Früher dachte ich, und die Gedanken bildeten den Hauptinhalt meines Lebens; war es aus Gewohnheit, oder infolge meiner Erziehung, daß ich die Möglichkeit besah, mittels der Gedanken meine Instinkte, meine Gefühle zu unterdrücken und oft gegen die Befehle und die Forderungen derselben zu handeln. Jetzt merke ich aber, daß die Macht des Verstandes immer mehr und mehr abnimmt, während das Gefühl, der Instinkt Gewalt über mich bekommen. Oft mache ich auch gar keine Anstrengungen, um gegen sie anzukämpfen, der Organismus ist von einer solchen Unruhe

erfüllt, die Nerven sind derart stürmisch erregt und stoßen mich mit einer solchen Macht dahin, wohin sie wollen, daß mein Verstand sich ihnen schweigend und machtlos unterwirft, gleichwie ein Sklave den veränderlichen Launen seiner wahnwitzigen Gebieterin gehorcht.

Als ein Mensch, der gewohnt war, beständig seine Gewohnheiten zu bedenken und zu bewerten, kann ich jetzt, in Augenblicken der Ruhe, manche meiner Handlungen unmöglich begreifen, sie kommen mir ungeheuerlich, unverständlich, rätselhaft vor, und doch weiß ich dabei genau, daß in mir, ganz unabhängig von mir, ein Tier sitzt, das mich beherrscht, das mir befehlt wie einem Sklaven. Ich hasse es, weil ich es fürchte, und weil mein Verstand machtlos ist, dagegen anzukämpfen.

Während ich den ganzen Tag in der Stadt umherwandle, verspüre ich leise eine unbewußte, trübe Furcht, heimzukehren; ich hatte keine Lust, meiner Frau zu begegnen. Ich fühlte, daß es unangenehme Auseinandersetzungen, Gespräche geben wird; das einzige, was mich nach Hause zog, war mein kleiner Sohn.

Ganz spät abends, als es schon zu dämmern begann, machte ich mich auf den Heimweg. Am Tor unseres Hauses, bei der halb geöffneten Pforte, erblickte ich eine menschliche Gestalt; in der Dunkelheit war es schwer, die Gesichtszüge zu unterscheiden, ich sah nur einen dunklen Bart und merkwürdig weichstrahlende Augen. Ich wollte vorübergehen und dabei ein schnelles „Guten Tag“ hinwerfen.

„Guten Tag, guter Mann“, antwortete mir der Greis mit einer ungemein zärtlichen Stimme und versperrte mir den Weg. „Was gibt's? wohin?“

Wenn es nicht diese sammetweiche Stimme gewesen wäre, hätte ich mich vielleicht geärgert.

„Ich gehe nach Hause“, sagte ich, „aber wer sind Sie eigentlich?“

„Ich? Ich bin ja der Hausknecht“, antwortet er in munterem Tone, scheinbar freudig überrascht, daß jemand nicht weiß, daß er der Hausknecht dieses Hauses ist. „Dich aber, lieber Mensch, kenne ich wirklich nicht, oder du bist ein neuer Einwohner? Ich glaube nicht, daß ich dich schon sah.“

Ich erkläre ihm, wo ich wohne.

„Ja eben, guter Mensch, ich sage es ja, daß ich dich nie gesehen habe; so stimmt es denn, du bist also gestern an-

gelommen. Ich habe natürlich von dir sprechen hören, die Wärterin hat mir von dir erzählt. Sie sagte, unser Herr hat immer Bücher und Briefe geschrieben, aber jetzt leidet er seit fünf Jahren nicht mehr heim aus dem Kriege. Und ich sage ihr darauf...

Vom Hofe ertönt aus der Dunkelheit eine grobe Männerstimme: „Se da! Guter Mensch, — Teufel, wo bist du nur hingeverschwunden? Werde ich noch lange auf dich warten müssen?“

„Da, da bin ich ja! Ich komme schon, ich komme, ersifere dich nur nicht!“ rief eilig der Greis und warf mir zu:

„Geh nur, geh, guter Mensch, wünsche gute Nacht; ich werde die Pforte schließen. Du weißt ja selber, was für Zeiten es sind. Aber Gott wird schon nichts Böses zulassen.“

Diese Begegnung hat auf mich einen sonderbaren Eindruck gemacht, ich konnte weder sein Gesicht, noch den Ausdruck seiner Augen sehen, aber diese Stimme... etwas Weiches, bis in die Tiefe der Seele Dringendes barg sie in sich, als hätte ich ein wertvolles Geschenk erhalten, als hätte jemand mit einer sammetweichen Hand die Seele gestreichelt. Ich sehe das Gesicht nicht, aber ich fühle es. Und es erweckt in meiner Brust eine leise Freude, ich verspüre Lust, dankbar zu lächeln. Ich stehe vor der Tür meiner Wohnung und trete nicht ein, um diesen Zustand zu verlängern, und wiederhole fortwährend:

„Ist das eine sonderbare Stimme!“

Wie ich das elektrische Licht in meinem Kabinett angezündet habe, sehe ich in der einen Ecke des Ledersofas meinen kleinen Sohn schlafen. Bei meinem Eintritt fährt er im Schlaf zusammen, erwacht, kann aber noch nicht zu sich kommen; vom grellen elektrischen Licht geblendet, blinzelt er mit den Augen, schneidet ein komisches Gesicht, reißt sich die Augen mit den Fäusten. Ich gehe schnell auf ihn zu, umarme ihn und lege ihn mir aufs Knie.

„Noma, mein Herzensjunge, was machst du? Schläfst du hier ganz allein?“ Sein warmes Köpfchen drückt ich fest an meine Brust und küsse lange seine Stirne und seinen Kopf. Indem ich in meinen Armen dieses winzige, weiche Kinderköpfchen fühle, erfüllt mich eine unerklärliche Freude ganz und gar, und eine Zärtlichkeit zu diesem kleinen, mir jetzt so nahen Wesen.

(Fortsetzung folgt.)

die geistige Verfassung der Soldaten- und Arbeitermassen bei Ausbruch der Revolution. Deshalb muß hier festgestellt werden, daß die erste Vollerhebung der Arbeiter- und Soldatenräte, die am 10. November 1918 im Zirkus Busch in Berlin tagte, stürmisch die gemeinsame Regierung verlangte und die Vertreter der U. S. P. D. direkt gezwungen hat, ihren Widerstand dagegen aufzugeben. Schon am 7. November wurde Genosse Haase in derselben Weise gezwungen, die paritätische Zusammenfassung des A. und S. Rates in Hamburg anzuerkennen. In jenen ersten Revolutionstagen wurde eben ganz allgemein von Arbeitern und Soldaten das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien gefordert.

Von den für das Kabinett vorgeschlagenen drei Genossen der Unabhängigen Haase, Ledebour und Liebknecht, lehnte Ledebour aus grundsätzlichen Bedenken gegen eine paritätische Zusammenfassung der Regierung sofort ab. Liebknecht nahm zunächst an, stellte aber nach Rücksprache mit seinen Freunden am folgenden Tage programmatische Bedingungen, deren Annahme von den Rechtssozialisten abgelehnt wurde. Darauf zog Liebknecht seine Zusage zurück. An Ledebours und Liebknechts Stelle traten dann Barth und Dittmann. Bei Ausbruch der Revolution stand die Masse der Arbeiter und Soldaten nach den revolutionären Forderungen der U. S. P. D. verständnislos oder ablehnend gegenüber und erst durch die Enttäuschungen und bitteren Erfahrungen in der Konterrevolutionären Periode seit dem Austritt der U. S. P. D. aus der Regierung ist der Umschwung eingetreten, der unserer Partei immer größere Massen des Proletariats zugeführt hat. Darüber mag einmal die Geschichte urteilen, ob ohne Teilnahme der U. S. P. D. an der ersten Revolutionären Regierung nicht sofort eine rechtssozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung gebildet, der völlige Zusammenbruch des alten Systems verhindert, der reaktionäre Kern des Frontheeres erhalten und somit der Konterrevolution von vornherein ein günstiger Boden bereitet worden wäre, ob ohne U. S. P. D. in der Regierung die Wahlrechtsverleihung an die 20jährigen, das Frauenwahlrecht, das Verhältniswahlrecht, die Ersetzung der reaktionären Wahlsysteme in den Einzelstaaten und von Kommunen durch das jetzige Wahlverfahren, die Einführung des Achtstundentages und die sonstigen Errungenschaften der Revolution ihre gefestigte Festlegung gefunden haben würden. (Fortf. folgt.)

## Die Kohlenfrage

Die wirtschaftlichen Verhandlungen in Spa haben zunächst das Problem der Kohlenversorgung berührt. Die Forderungen des Versailler Friedensvertrages sehen eine zehnjährige Steinkohlenlieferung durch Deutschland vor, die sich auf insgesamt etwa 40 Millionen Tonnen jährlich belaufen soll. Von diesem Quantum fällt der Hauptteil an Frankreich, das durch die bei dem deutschen Rückzug angerichteten sinnlosen Zerstörungen der Kohlengruben im Nordrevier aufs Schwerste geschädigt und in seiner Kohlenversorgung gefährdet ist. Weitere verhältnismäßig umfangreiche Lieferungen sind an Belgien und Italien zu machen.

Die deutsche Steinkohlenproduktion belief sich im letzten Friedensjahr 1913 auf insgesamt 101 1/2 Millionen Tonnen. Während der Kriegszeit und besonders seit Abschluß des Krieges ist eine bedeutende Verringerung der Erzeugung erfolgt. Sie hat ihre Hauptursachen in dem schlechten Zustande der Förderanlagen und in der durch die Unterernährung und die verschiedenen Einwirkungen des Krieges bedingten Verringerung der menschlichen Arbeitskraft. Ausreichende Bergförderung der Belegschaft, wie sie durch den Achtstundentag sich als notwendig erweist, was bisher nicht durchführbar, da die Wohnungsverhältnisse im Ruhrrevier sehr schlecht sind und erst die Wohnstätten für Hunderttausende geschaffen werden müssen. In der Erkenntnis der übertragenden Bedeutung der Kohle für unser gesamtes Wirtschaftsleben hat gerade die Bergarbeiterschaft mehr geleistet als unter den gegebenen Verhältnissen erwartet werden konnte und sie hat insbesondere durch das seit mehreren Monaten in Geltung befindliche Uebererschichtabkommen bewiesen, daß die durchsichtige Hege gegen die Arbeiterkraft und die angebliche Arbeitshege, die jeden anständigen, denkenden Menschen empören muß, zu den politischen Mondbären bestimmter Kreise, mit deren Hilfe die sozialistische Bewegung ihrer Kolonanz in den Reihen der noch nicht genügend geschulten Massen beraubt werden soll. Inzwischen hat sich allerdings die Unmöglichkeit ergeben, dieses Uebererschichtabkommen weiter einzuhalten, weil die ganz unzureichende Ernährung keinen annähernden Ausgleich für den großen Kraftverbrauch zu schaffen vermag. Es ist beabsichtigt, über diese Frage nach Abschluß der Verhandlungen in Spa zu einer anderen Vereinbarung zu kommen. Es ist selbstverständlich, daß der Raubbau an proletarischer Arbeitskraft, der bei mangelnder Nahrungszufuhr hier getrieben wird, keine Fortsetzung finden darf, denn die alsdann unvermeidlichen Rückschläge sind nicht nur eine soziale Schädigung der Bergarbeiter, sondern würden auch zu einer Gefahr für unsere gesamte Produktion werden, die auf der ausreichenden Versorgung mit Betriebsstoff basiert.

Nach den zuletzt veröffentlichten Zusammenstellungen sind im ersten Vierteljahr 1920 fast 30 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert worden, was einer Jahresproduktion von etwa 120 Millionen Tonnen entsprechen würde. Es ist dabei noch zu beachten, daß die Märzabfuhr infolge des Rapp-Puttsches hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Wenn man berücksichtigt, daß bei diesem Ergebnis die im Friedensvertrage abgetretenen Saar- und Pfalzgruben sowie die allerdings geringfügige Erzeugung Elsaß-Lothringens in Wegfall gekommen sind, ist die dadurch ausgedrückte Arbeitsleistung als außerordentlich hoch anzusehen.

Die Kohlenproduktion Ober-Schlesiens stellt ein Viertel der gesamten deutschen Förderung an Steinkohlen dar und es ist daher offensichtlich, daß die Erfüllung der im Versailler Vertrage verlangten Kohlenlieferungen in erster Linie von dem Abstimmungsresultat in Oberschlesien abhängen wird. Unter der Voraussetzung, daß Oberschlesien im deutschen Reichsverbande bleibt, darf man vorläufig mit einer ungefähren jährlichen Steinkohlenförderung von etwa 100-120 Millionen Tonnen rechnen und es ergibt sich demnach die Frage, ob es denkbar ist, ohne weitgehende Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens ein Quantum von 40 Millionen Tonnen an die Entente abzuliefern. Zu diesem Zwecke muß man sich die Verteilung der deutschen Kohle in den Vorkriegsjahren etwas genauer ansehen. Von dem im Jahre 1913 gefördertem Mengen sind nach Abzug des Einfuhrquantums etwa 25 Millionen Tonnen von Deutschland ausgeführt worden, so daß für den deutschen Verbrauch noch 165-170 Millionen Tonnen in Frage kamen. Wenn man den Minderverbrauch infolge der Abtretung der östlichen und westlichen Gebiete mit 30 Millionen Tonnen veranschlagt, so ergibt sich eine voraussichtliche Nachfrage nach etwa 130-140 Millionen Tonnen, der im günstigsten Falle eine Produktion von zunächst 100-120 Millionen Tonnen gegenüberstehen dürfte. Sind wir gezwungen, entsprechend dem Verträge eine jährliche Lieferung von etwa 40 Millionen durchzuführen, so ist die Versorgung unserer Industrie mehr als gefährdet.

Etwas günstiger stellt sich die Situation allerdings aus dem Grunde dar, weil inzwischen eine höhere Ausbeute der

Braunkohlegruben erreicht worden ist. Gegenüber der Vorkriegsförderung ist die Braunkohlenproduktion um etwa 20 v. H. in die Höhe gegangen und diese Mengen erleichtern die allgemeine Versorgung in bedeutendem Maße.

Es ist jedenfalls zu sagen, daß die jetzt in Spa erhobene Forderung der Priorität der französischen Forderungen und der Einsetzung einer Kontrollkommission zur Sicherung der vertragsmäßigen Lieferungen die Aufrechterhaltung eines einigermaßen geordneten Wirtschaftslebens in Deutschland fast unmöglich macht und damit natürlich auch die weitergehende Erfüllung aller anderen Verpflichtungen erschwert. Es ist von uns bereits früher gesagt worden, daß es zur Durchführung der von der großen Masse des deutschen Volkes anerkannten Wiedergutmachungsschuld zunächst einmal notwendig ist, daß die Arbeitsfähigkeit Deutschlands nicht nur erhalten, sondern nach Kräften gefördert wird. Wenn man uns aber durch die strengen Bestimmungen dieses Zusatzvertrages an der Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte hindert und uns die Kohlenausfuhr nach den Ländern, die uns Kredite geben und notwendige Lebensmittel oder Rohstoffe liefern (Holland, Schweiz) unmöglich macht, dann dürfte man gerade das Gegenteil von dem erreichen, was man zu erhalten wünscht.

Deutschland ist gezwungen, den Forderungen des Versailler Vertrages, den es angenommen hat, soweit es nur durchführbar ist, zu entsprechen, aber die kurzfristigen, aus mangelnder Einsicht in die ökonomischen Verhältnisse erwachsenen Bestimmungen werden früher oder später an ihrer Unerfüllbarkeit scheitern, falls nicht die solidarischen Aktionen des internationalen Proletariats die kapitalistischen Vorkämpfer schon vorher hinweglegen und den Weg zu einer wirklichen Verständigung freimachen.

## Aus dem Haushaltsausschuß

Zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses am 10. Juli erhebt Genosse Ledebour entschiedenen Einspruch gegen den Bruch der Vertraulichkeit, wie er durch die bürgerliche Presse und auch durch die offizielle Erklärung der Regierung über die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu den Ereignissen in Spa begangen worden sei. Diese Vorgänge zeigen erneut, daß Vertraulichkeit von Verhandlungen nie durchgeführt werde; die Unabhängige Sozialdemokratie müsse dagegen protestieren, daß infolge eines solchen Beschlusses die Öffentlichkeit falsch informiert werde.

Beim Etat des Reichswehrministeriums stellen die Unabhängigen Sozialdemokraten den Antrag, die angeforderten 200 000 Mk. für die außerordentlichen Kriegsergänze zu streichen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Dem gleichen Schicksal verfällt ein deutscher nationaler Antrag, „bei der Befehung der Bekleidungs- und Unterkunftsabteilung mit ihren Chefs Offiziere zu verwenden“. Die Mehrheit des Ausschusses war doch der Meinung, daß es auch unter dem Juki noch einige zur Bekleidung derartiger Ämter fähige Menschen gäbe.

Die Beantwortung der vom Genossen Rosenfeld gestellten Fragen betreffs der Zahl der vom Reichsmilitärgericht verhängten und den Umfang der noch zu verbühenden Strafen wird bis zum Wiederzusammentritt des Ausschusses vertagt.

## Der Staatsrat in der preußischen Verfassung

Der Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung hat gestern die erste Lesung der Verfassung beendet. Die Beschlüsse werden zusammengefaßt und allen Mitgliedern der Landesversammlung zwecks Beratung in ihren Fraktionen zugestellt. Am 9. September wird der Ausschuss erneut zusammentreten.

Der bemerkenswerteste Beschluß ist der über die Einsetzung eines Staatsrates, einer Art zweiten Kammer. Dieses modernisierte Herrenhaus soll sich zusammensetzen aus Vertretern der Provinzen, die von den Provinziallandtagen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Er soll die Aufgabe haben, über Gesetzesvorlagen vor ihrer Einbringung Gutachten abzugeben, Gesetzesvorlagen durch das Staatsministerium an den Landtag zu bringen, um gegen die vom Landtag beschlossenen Gesetze Einspruch erheben zu können. Ueber die weitere Behandlung der Materie sind Einzelbestimmungen und Fristen festgelegt. Auch vor dem Erlaß von Ausführungsbestimmungen zu Reichs- und Staatsgesetzen soll der Staatsrat oder dessen Ausschuss gehört werden. Gegen diesen Staatsrat wenden sich die sozialdemokratischen Vertreter des Ausschusses, aber ohne Erfolg.

In der gestrigen Schlusssitzung der ersten Lesung wurde nur ein Antrag angenommen, der besagt, daß der Staatsrat erst dann in Kraft treten kann, wenn die Provinzialvertretungen aus Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes neu gewählt worden sind. Damit soll der Charakter des Staatsrates bestimmt und verhindert werden, daß die jetzt reaktionär zusammengesetzten Provinziallandtage den Staatsrat wählen. Diese Bestimmung bedeutet eine Milderung des reaktionären Charakters des Staatsrates, ändert natürlich nichts an der Einrichtung dieser neuen Institution, die nach wie vor mit Entschiedenheit bekämpft werden muß.

## Außenhandel

Der Import deutscher Waren nach den Vereinigten Staaten betrug im Mai — nach Washingtoner Meldungen 4 850 000 Dollar, während die Ausfuhr nach Deutschland fast 21 Mill. Doll. erreichte. Die Passivität unserer Handelsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten ist demnach noch immer sehr bedeutend, und es ist zu erwarten, daß sich dieses Verhältnis infolge der notwendigen umfangreichen Bezüge an Lebensmitteln, Rohmaterialien usw. vorläufig nicht günstiger gestalten wird. Da in Betracht kommende Artikel aus dem Verkehr mit anderen valutastarken Ländern nicht vorhanden sind, bleiben wir immer noch auf Kredite oder den Export von Reichsmark, Staatspapieren, Industrieaktien und anderen Werten angewiesen, wodurch sich naturgemäß eine wachsende Abhängigkeit von fremden Finanzgruppen ergibt. Auch die Bewertung der Mark — die Valuta — wird fortgesetzt von amerikanischen Interessen und internationalen spekulativen Operationen abhängig bleiben, solange keine wirksamen Maßnahmen zu einer Stabilisierung ergriffen werden. Bei der gesamten wirtschaftlichen Situation Deutschlands erscheint diese Stabilisierung ohne Hilfe des amerikanischen Finanzkapitals als unmöglich.

## Der Massenmörder Schumann vor dem Schwurgericht

Nach Eröffnung der Sitzung im Prozeß Schumann wird sofort die Stenotypistin beim Polizeipräsidium Gertrud Rautz vernommen. Sie bestätigt die gestern vom Kommissar Neugebauer gemachten Mitteilungen über das, was ihr Fräulein Wehn über die Verhandlungen Schumanns erzählt hat.

Die Zeugin Fräulein Wehn hat den Vernehmungen Schumanns als Stenotypistin beigewohnt und sagt folgendes aus: Der Angeklagte ist teilweise schroff behandelt worden; Oberwachmeister Lahmann hat ihm aber teilweise auch gut zugerufen. Der Angeklagte hat zunächst seine Täterschaft bestritten, schließlich hat er aber die Taten zugegeben. Ob er von Beamten gemißhandelt worden ist, kann sie nicht sagen, doch ist ihr in der Erinnerung, daß er mehrmals, wenn er nicht antworten wollte, an seinem kranken Arm geschüttelt worden ist. Eines Morgens sei Schumann mit ganz verzwollenen Augen zum Verhör gekommen, so daß er nicht zum Photographieren geführt werden konnte. Aus einem Telefongespräch des Oberwachmeisters Lahmann mit der Staats-

anwaltschaft habe sie entnommen, daß Schumann von der Treppe heruntergefallen sein sollte. — Zeugin Wehn, haben Sie nicht vielleicht in Ihren Mitteilungen an Ihre Kolleginnen übertrieben? — Zeugin Wehn.

Staatsanwalt Dr. Steinbrecher (zur Zeugin Hinge): Sie sollen aber auch, wie gestern hier mitgeteilt wurde, Ihre Empörung darüber geäußert haben, daß Herr Lahmann unter seinem Elbe erklärt habe, er wisse nichts von Mißhandlungen seitens seiner eigenen Person oder seiner Beamten. — Zeugin Wehn: Ich habe dabei Beamte nicht im Auge gesehen und auf seine Frage antwortet, daß er die Treppe hinuntergefallen sei. — Staatsanwalt Dr. Steinbrecher: Fräulein Wehn, Sie sollen Ihre Enttäuschung über die Aussage des Herrn Lahmann ausgedrückt haben. Heute haben Sie aber doch klipp und klar gesagt, daß Herr Lahmann nicht geschlagen hat. Wie kommen Sie nun zu solcher Enttäuschung? — Zeugin Wehn: Ich habe nur Enttäuschung darüber empfunden, daß unter den Augen der Kriminalpolizei ein solcher Angriff auf den Angeklagten seitens Angehöriger der Verwaltung des Ermordeten geschehen ist. — Zeugin Wehn (auf Befragen): Ich habe erklärt und halte es unter meinem Elbe nicht recht: Ich habe den Angeklagten nicht mißhandelt oder geschlagen und mit ihm auch nichts Detariges von meinen Beamten bekannt geworden.

Staatsanw. Dr. Steinbrecher: Herr Zeuge Runge! Halten Sie nach dem, was Sie nun hier gehört haben, das Ermittlungsverfahren nicht für resillos erledigt? — Zeuge Runge: Ja! — Der Zeuge Runge erwähnt im weiteren unter anderem auch noch, daß er auch noch mit dem Kriminalkommissar Schnelker gesprochen habe. Bei diesem Namen tritt Zeuge Lahmann sehr erregt vor und erklärt: wenn er diesen Namen höre, so sei ihm alles klar. Er habe als Mitglied des Verbandes der Kriminalwachmeister in Wort und Schrift für die Befreiung dieser Beamtenkategorie gewirkt. Kriminalkommissar Schnelker sei aber der größte Gegner dieser Forderung gewesen. Mit dem Zeichen größter Erregung und laut tönender Stimme beklagt sich der Zeuge darüber, wie er, der sich bei der Kalkulation dieser großen Verbrechen die größte Mühe gegeben, in so unerhörter Weise bloßgestellt werden sollte. Der Zwischenfall wird hierauf für erledigt erklärt.

Einige Fälle, in denen der Angeklagte „aus Uebermut“ auf Wanderrögel geschossen haben soll, werden dadurch erledigt, daß der Staatsanwalt in diesen Fällen die Anklage fallen läßt.

Der nächste Fall betrifft einen Mordversuch des Angeklagten auf den Hegemeister Koeple. Dieser bekundet als Zeuge: Ende September 1916 wendete er mit seinem Dienstmädchen auf seiner Wiese hin. Glücklich hörte er aus größerer Entfernung einen Schuß fallen. Er beachtete diesen zunächst nicht, dann fielen aber noch etwa sechs Schüsse, die aus dem Walde kamen und teilweise dicht an ihm vorüberflogen. Zweifelloos waren die Schüsse auf ihn gerichtet gewesen. Den Angeklagten hat der Zeuge nicht gekannt, weiß auch nicht, wie Schumann in Verdacht der Täterschaft gekommen ist.

Zeuge Lahmann: Der Angeklagte hat f. Zt. zugegeben, daß er auf einen Mann geschossen habe, der in Gemeinschaft mit einem Mädchen auf der Wiese heute.

In dem folgenden Falle hatte der Student Herbert Hiller mit einem Jrl. Koch am zweiten Weihnachtsfeiertage 1916 einen Ausflug nach dem Walde von Falkenhagen gemacht. Als sie beide nachmittags am Waldestrand lagerten, fiel plötzlich ein Schuß. Hiller wurde schwer verletzt, hat längere Zeit im Krankenhanse zubringen müssen und seine rechte Hand ist unbrauchbar geworden. Die Stelle, wo der Aufschlag vor sich ging, war ganz in der Nähe des Tatories im Falle Nielbod. Ob der Angeklagte der Täter war, weiß der Zeuge nicht, ebenso wenig die Zeugin Koch. Dagegen hat der Angeklagte dem Zeugen Lahmann zugegeben, den Schuß abgegeben zu haben, aus Ärger darüber, daß der Zeuge mit dem Finger nach ihm gezeigt habe; da habe er ihm einen Denkzettel geben wollen.

Der Angeklagte bestrittet auch hier wieder, solche Angaben zu machen zu haben.

Gendarmeriewachmeister Geiseler berichtet über den nächsten Anklagefall, der die Vergewaltigung einer Frau Schmitt betrifft. Nach deren Mitteilung an den Zeugen ist sie am 2. Juli 1917 von einem Unbekannten überfallen und gewürgt worden. Dieser versuchte, sie zu vergewaltigen und schlug ihr, da sie sich dagegen wehrte, mit der Faust ins Gesicht, so daß sie aus Wund und Nase blutete. Dann versuchte er sie ins Säß des nahen Sees zu schleppen und riß ihr die Kleider vom Leibe. Endlich ließ er von ihr ab mit den Worten: „Du was, wenn Du was sagst, mach ich Dich kalt!“ Der Zeuge Geiseler hat mit dem Gendarmen Lemm die Recherchen sofort aufgenommen, aber nichts von dem Täter entdekt.

Der Angeklagte bestrittet, mit dem Fall irgend etwas zu tun zu haben.

Auf den Hilfsförster Timm ist am 23. Mai 1919 von einem Mann geschossen worden, nachdem schon einmal ein gleiches Attentat auf ihn ausgeübt worden war. Er hat den Mann aus 30 Meter Entfernung bemerkt, auf ihn losgeschossen und auch verwundet. Der Zeuge ist der Ueberzeugung, daß Schumann der Täter war, was Schumann bestrittet.

Zu dem Fall der Brandstiftung bei der Schauspielerin Green bekundet der Zeuge, Gendarmewachmeister Geiseler, daß der Täter auf die am Mischen beteiligten Personen etwa 20 Schüsse abgegeben habe. Kriminaloberwachmeister Lahmann erklärt als Zeuge, daß Schumann ihm gegenüber eingestanden habe, eine am See stehende Holzstube angezündet und dann auf die hinzueilenden Leute Schreihüsse abgegeben zu haben.

Polizeinspektor Marcus Spandau war zugegen, als Schumann nach Berlin transportiert werden sollte. Er, Schumann, habe auch ihm erzählt, daß er die Schußverletzung am Arm auf der Heerstraße von einem Unbekannten erhalten habe. Auf Zurufen des Zeugen habe Schumann in Gegenwart des Staatsanwalts das Geständnis abgelegt, daß er auf den Förster Nielbod geschossen habe.

Rechtsanwalt Dr. Frey beantragt, aus den Vorstrafen nicht aufzustellen, aufweisen Anregung der Angeklagte seinerzeit 1911 auf seinen Geisteszustand untersucht worden ist. — Der Vorsitzende verspricht dies für Montag.

Nach dem Zeugnis des Oberwachmeisters Meißner Spandau ist der Angeklagte bei seiner ersten Vernehmung nach seiner Festnahme aus Grund der Anzeige des Dr. Tepling Spandau in seiner Weise geschlagen oder zu einem Geständnis gezwungen worden. Er habe auf Vorhalt zugegeben, daß er den Förster Nielbod erschossen habe. — Vorsitzender: Wie sind Sie dazu gekommen, dieses Geständnis abzulegen? Sie sind doch in Spandau nicht geschlagen worden. — Angekl.: Es ist aber von verschiedenen Personen auf mich eingewirkt worden. Ich bin mit gutem Gewissen zum Arzt gegangen, um meine Schußwunde verbinden zu lassen. Ich habe es getan, obwohl mir bekannt war, daß jemand bei einer Schußwunde einen Arzt aufsuchen würde, festgehalten werden sollte. Er sei ja fast auf den Rücken gefallen, als plötzlich bei dem Arzt ein Kriminalbeamter erschien und sagte: Ich werde Sie wegen Mordes. Bei dem ersten Verhör hatte ich eine hohe Temperatur und die klare Ueberzeugung, daß ich abhandelt werden, doch zu gestehen, die Aussage gemacht, „um Unannehmlichkeiten zu entgehen.“ — Staatsanwalt: Die Unannehmlichkeiten ablegen, daß Sie eine solche Tat verübt hätten. — Zeuge Meißner erwidert, daß der Angeklagte habe wissen können, daß jeder, der mit einer frischen Schußwunde einen Arzt aufsuchen würde, festgenommen werden würde. Dies sei ganz geheim mit dem Arzt vereinbart worden.

Es wurden dann noch zwei kleinere Fälle des Diebstahls erledigt.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Montag 9 1/2 Uhr vertagt.

### Gewerkschaftliches

#### Der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilier-Verband nach der Verschmelzung

Mit dem 1. Mai hat die Verschmelzung der Verbände der Sattler und Portefeuilier und des Tapeziererverbandes zu einem Einheitsverband stattgefunden. Die Schlussrechnung der beiden Verbände liegt jetzt vor, wir entnehmen derselben folgenden Auszug: Der Sattlerverband schließt ab mit einer Mitgliederzahl von 28 281, darunter weibliche. Der Tapeziererverband mit 14 534 Mitgliedern, darunter 1564 weibliche. Die Mitgliederzahl, mit welcher der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilierverband am 1. Mai 1920 ins Leben trat, beträgt somit 42 815, darunter 8148 weibliche.

Der Vermögensausweis des Sattler- und Portefeuilierverbandes betrug 1 058 513,53 M., der des Tapeziererverbandes 432 087,07 M. Das ergibt ein Gesamtvermögen von 1 490 600,60 M., mit dem der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilierverband ins Leben tritt.

#### Kommunistische Demagogie

Von Genossen Wegmann wird uns geschrieben:

Die „Rote Fahne“ vom 9. Juli bringt einen Artikel, überschrieben „Wirtswart“, von Paul Lange. In diesem Artikel werden der „Zentrale der Betriebsräte“ die „sonderbarsten Sprünge“ vorgeworfen, in Wahrheit bewegt sich P. L. selbst in seinem Artikel in den „sonderbarsten Sprüngen“. Er kommt von einem Artikel im „Arbeiter“ Nr. 25 „Sabotage der Vereinigung der Hand- und Kopfarbeiter durch die Afa“ zur „Opposition im Zentralverband der Angestellten“, dann zum „freien Angestelltenverband“, dann zur „Betriebsorganisation“ und endlich zum „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“, dessen „streng vertrauliches“ Schreiben über den Generalkrieg er vollständig abdruckt, zum Schluss zu der Bemerkung: „Ich rate der Betriebsrätezentrale dringend an, einmal Atem zu schöpfen und sich zu vergewissern, wo sie steht und wo sie hinkommt...“

Nach dieser sanften Mahnung müssen wir P. L. zurückgeben. Wir sind daran gewöhnt, daß uns alles in die Schuhe geschoben wird, was in der Gewerkschaftsbewegung sich gegen die freien Gewerkschaften abspielt. Wir können sonst nicht darauf eingehen, weil uns die Zeit dafür zu schade ist. Wenn man aber zu solchen Waffeln greift, wie es Paul Lange tut, dann darf dazu nicht geschwiegen werden. Er schreibt in der „Roten Fahne“:

„In einer Versammlung der Arbeiter und Angestellten der Konsumgenossenschaft Berlin am 18. April 1920 trat das Ritual der Betriebsrätezentrale und der U. S. P. Wegmann für die Annahme nachstehender Entschlüsse ein:“

„Um der immer sicherer in Erscheinung tretenden Desorganisation der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, sowie den Kampf gegen das Unternehmertum und die Bourgeoisie mit der nötigen Geschlossenheit zu führen, ist es notwendig, die von den herrschenden Klassen geführten Parteien organisatorisch und agitatorisch voll zu erfassen.“

Da nun die vom Unternehmertum geführten Kämpfe immer mehr ihren politischen Charakter offenbaren, die Arbeiterschaft den Kampf voll und ganz aufzunehmen gewillt ist, beschließt die Versammlung der Konsumgenossenschaft:

Die von den Gewerkschaften und Parteien bisher geführten Kämpfe können nach keiner Richtung hin den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu einem glücklichen Ende führen. Die Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer betriebsweisen Zusammenfassung der Arbeiterschaft an. Ueberall da, wo einwellige Bestimmungen, wie auch hier in der Konsumgenossenschaft bestehen, die dahin lauten, daß ein jeder im Betrieb Beschäftigte einer freien Gewerkschaft anzugehören hat, ist dahin zu ergänzen, daß auch die Zugehörigkeit zur „Allgemeinen Arbeiterunion“ den Betriebsangehörigen freigestellt wird.“

Die „Allgemeine Arbeiterunion“ wird durch die Schaffung einer einheitlichen geschlossenen Kampffront dem Unternehmertum ein Paroli bieten und in Zeiten der Ausnahmezustände und des Belagerungszustandes den dagegen aufzunehmenden Kampf, mit der Erregung der proletarischen Diktatur als Endziel zu einem glücklichen Ende führen.“

Darüber hinaus hat sich eine „revolutionäre Betriebsorganisation der Konsumgenossenschaft Berlin“ gebildet...“

Hierzu habe ich zu bemerken:

Es ist un wahr, daß ich für die Annahme dieser Entschlüsse eingetreten bin. Wahr ist, daß der letzte Absatz der Entschlüsse durch mein energisches Eintreten gestrichen wurde. Paul Lange hat also einer Fälschung schuldig gemacht. Weiter ist un wahr, daß daraufhin sich eine „revolutionäre Betriebsorganisation der Konsumgenossenschaft Berlin“ gebildet hat. Sie bestand schon. Wahr ist, daß ich von Genossen, die in der Konsumgenossenschaft tätig sind, auf diese Versammlung aufmerksam gemacht und gebeten wurde, ein Korreferat zu übernehmen. Das habe ich getan. Ich habe dort, wie in den verschiedensten anderen Versammlungen, die Schädlichkeit der Betriebsorganisationen dargelegt und habe ersucht, nicht in diese Betriebsorganisationen einzutreten, sondern in den Gewerkschaften zu bleiben und dort für deren Revolutionierung zu sorgen. Dafür kann ich verschiedene Gewerkschaftsvertreter, die dort anwesend waren, als Zeugen anrufen.

Charakteristisch ist, daß am 9. Juli eine Versammlung vom 18. April kritisiert wird. Die „Rote Fahne“ nimmt einen solchen Artikel auf, trotzdem sie genau weiß, wie ich zu den Betriebsorganisationen stehe. Man muß schon sagen, daß selten eine Ueberdrehung so treffend gewählt wurde; sie gibt den Inhalt des Artikels deutsch wieder: Wirtswart!

#### An die Angestellten Groß-Berlins!

Ein Beschluß des Landgerichts II bedroht eure Kollegen und Kolleginnen aus den Rechtsanwaltsbüros in der Durchführung ihres Kampfes. Diese Angelegenheit ist zu einer solchen der Gesamtheit geworden. Ihr könnt hieran erkennen, wohin wir jetzt gelangt sind.

Deute, Sonntag, den 11. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in den Sophienhallen, Sophienstr. 17-18, eine Versammlung der Rechtsanwaltsangestellten statt, in welcher der jetzt geschaffene Zustand besprochen werden soll.

Frei-gewerkschaftlich organisierte Angestellte Berlins! Ihr alle müßt in dieser Versammlung erscheinen, oder wenigstens Vertreter entsenden. Die Reaktionsäre befürchten nicht eine kleine Gruppe eurer Kollegen, sondern euch selbst. Gebt ihnen die Antwort, die sie verdienen.

Afa, Ortsartikel Groß-Berlin.  
Flatau, Reinsberg.

**Gegenmaßnahmen der Rechtsanwälte im Anwaltsangestelltenstreik.** Die Rechtsanwälte haben Streikabwehrkolonne gebildet, deren Führer der Rechtsanwalt Roth, Friedrichstraße 45, ist und die an die Rechtsanwältin das Erluchen gerichtet hat, während des Streiks alle Prozesse zu vertragen (mit anderen Worten: zu verschleppen). Den Schaden werden also die Mandanten haben, die sich zu Rechtsanwältin begeben, die die Forderungen nicht bewilligt haben. Die Disziplin unter den Rechtsanwältin scheint keine besonders gute zu sein. Es beweist dies, daß bereits ein sehr großer Teil die Forderungen bewilligt hat und täglich immer neue Bewilligungen eingeht. Unter den Streitenden herrscht eine vorzügliche Kampfesstimmung. Die Organisation der Angestellten beabsichtigt, demnächst die Namen der Rechtsanwälte in der Presse und in Flugblättern zu veröffentlichen, die sich nicht entschließen können, die Forderungen anzuerkennen.

**Rätechule der Holzindustrie!** Der Kursus „Wirtschaft der Zukunft“ im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße, fällt am Montag, den 12. Juli und Donnerstag, den 15. Juli, aus. Fortsetzung am Montag, den 19. Juli und Donnerstag, den 22. Juli. Die Kurse „Buchführung“ sind zusammengelegt und finden jeden Donnerstag nur noch von 5-7 Uhr im Verbandshaus, Kungestr. 30, Saal 3, statt. Die zwanglose Besprechung über Betriebsrätefragen ist ab 19. Juli jeden Montag im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße, Zimmer 18, 1. Treppe, und beginnt um 1/2 8 Uhr. — Eine Zusammenkunft aller Hörer wird im Mitteilungsblatt bekanntgegeben.

**Ehemalige Angestellte der Artilleriewerkstatt Nord,** die am 30. 6. 19 entlassen worden sind und Anspruch auf Urlaub hatten, sollen sich am Mittwoch, den 14. Juli bei der Kasse der Artilleriewerkstatt Nord auf dem Gelände der Aw., Südhalle 17 von 10 Uhr ab melden. Mitzubringen sind eidesstattliche Versicherungen, deren Unterschrift polizeilich zu beglaubigen ist, daß die Betroffenen keinen Urlaub gehabt haben. Vollmachten zur Abhebung des Geldes werden nicht anerkannt.

**Berichtigung.** Der Genosse Richard Müller sendet uns zu dem Bericht über sein Referat in der Versammlung der Berliner Parteifunktionäre eine Richtigstellung, in der er betont, daß er nicht gesagt hat, daß der erste Rätekongreß für die Aufgaben und Ziele sowie für die Tätigkeit der Räte Richtlinien herausgegeben habe. Der erste Rätekongreß habe solche Richtlinien nicht herausgegeben.

### Groß-Berlin

#### In der Breite Straße

Nun sind wir glücklich unter Dach und Fach! So langsam gewöhnt man sich an die neue Umgebung. Am glücklichsten sind die Redaktionsmitglieder, weil ihre Arbeitsräume zu ebener Erde gelegen sind, und sie nicht mehr die drei Treppen hochklettern müssen, daß einem der Atem ausgeht. Und das Publikum, welches uns Besuche abstattet, wird nicht weniger als wir darüber vergnügt sein. Es ist allerdings noch nicht genau heraus, wie lange wir „vorübergehend“ zu ebener Erde haufen werden. Es besteht die Aussicht, in absehbarer Zeit eine Treppe höher einquartiert zu werden. Wir haben also alle Aussicht, unsere Arbeitsräume in kurzer Zeit mit besseren zu vertauschen, wenn uns die neuen Räume zur Verfügung stehen. Es wird noch eine Zeit dauern, bis wir endgültig in Ordnung kommen. Unsere Genossen nehmen erfreulicherweise lebhaftes Interesse an der Entwicklung unseres Unternehmens. Mögen sie in erster Linie alles tun, um es materiell nach allen Richtungen hin zu festigen. Gerade jetzt, wo große Anforderungen gestellt werden, müssen die Genossen, die es können, Hilfe durch Zeichnung von weiteren Anteilen gewähren.

In letzter Zeit mehren sich die Wünsche der Genossen, die neuen Räume und Drucker-einrichtungen zu besichtigen. Dieses Interesse ist zu begrüßen. Wie die Dinge im Augenblick aber liegen, können Besichtigungen in größerem Maße noch nicht stattfinden. Die Genossen müssen noch Geduld üben. Wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden sind, werden Geschäftsleitung und Aufsichtsrat die Organisation der Besichtigungen in die Hand nehmen und nähere Mitteilungen ergehen lassen.

#### Die Kartoffelnot

Nachdem vorübergehend in der vorigen Woche eine stärkere Kartoffellieferung stattgefunden hatte, ist die Kartoffelversorgung in Berlin wieder ganz trostlos geworden. Der Magistrat hat zwar mehrere Schlepper und Kähe gechartert, die namentlich aus der Neumark Kartoffeln heranzubringen sollten. Die Lastzüge, die jetzt zurückkommen, bringen jedoch kaum den vierten Teil der erhofften Zufuhren. So traf gestern wieder ein Schleppzug ein, der anstatt 4000 Zentner nur 800 Zentner brachte.

Vielen Umständen benutzen Händler zu einer großen Auswucherung des Publikums. Bekanntlich können ausländische Kartoffeln ohne Marken verkauft werden. Der Preis geht bis 2 M. und darüber hinaus. Jetzt wird berichtet, daß Händler wagonweise Kartoffeln aus der Neumark bezogen und diese Kartoffeln zu Preisen wie ausländische verkaufen. Das Publikum ist darüber sehr empört. An verschiedenen Stellen ist schon Polizei eingeschritten und hat, beispielsweise in Charlottenburg, die Kartoffeln für 50 Pfg. das Pfund verkauft. Der jetzige Zustand ist ungeheuerlich. Jede Gelegenheit wird ausgenutzt, um das Publikum zu demuchern. Das geschieht im Zeichen des freien Handels.

#### Zum Streik der Straßenhändler

Auf den Straßen Berlins waren gestern die Obsthändler verschwunden. Nur wenige gingen nach der Markthalle. Sie wollen einen Preisnachschuß erreichen. Dieser Zweck ist ein guter, wenn auch das konsumierende Publikum einen Vorteil hat. Es gibt aber auch Straßenhändler, die selber das laufende Publikum dauernd übervoorteln, indem sie minderwertige Ware für teures Geld absetzen. Man kann oft beobachten, daß etwas gute Ware obenauf liegt, nur als Lockmittel, daß aber die zum Verkauf gelangende Ware oft sehr minderwertig ist, ganz abgesehen davon, daß auch mit dem Gewicht es nicht immer so genau genommen wird. Aber auch die Großhändler nehmen Preise, die unerschöpflich hoch sind, während die Händler die Arbeit und die Ankosten auf sich nehmen müssen. Gestern kam es an verschiedenen Stellen zu Ansammlungen und Ausschreitungen und man weiß nicht recht, wer dahinter steckt. Es ging gegen Obsthändler, die selte Geschäfte haben. Unsere

Genossen werden gut tun, die Vorgänge mit Vorsicht zu verfolgen. Man braucht für die Verhandlungen in Spaa so eine kleine große Revolte, um gute Geschäfte zu machen. Also: Augen auf!

**Funktionärversammlung Bezirksverband Berlin-Brandenburg.** Die Fortsetzung der am Mittwoch, den 7. Juli, vertragenen Funktionärskonferenz, welche sich mit dem Thema „Selbständige Betriebsräte-Zentrale oder Betriebsräte-Zentrale der freien Gewerkschaften“ befahte, findet am Donnerstag, den 15. d. M., abends 7 Uhr, in den Sophien-Hallen, Sophienstr. 17-18, statt.

In demselben Lokal tagt am Freitag, den 16. d. M., abends 7 Uhr, die Generalversammlung der Bezirksorganisation Beller-Stadt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

**Ueber den losg. Reparaturzuschlag** herrschen in Mietkreisen immer noch die größten Unklarheiten. Dieser Reparaturzuschlag ist ein Sonderzuschlag, der nach dem Gesetz in jedem einzelnen Falle vom Einigungsamt festgesetzt werden muß. Die Mieteinigungsämter von Groß-Berlin beraten zur Zeit noch mit den Vertretern der Mieter und der Hausbesitzer über die Regelung der Reparaturzuschläge. Es werden Richtlinien beschlossen werden, auf Grund deren sich die Parteien auch ohne das Einigungsamt verständigen können. Bis dahin werden die Einigungsämter Anträge von Hausbesitzern auf Bewilligung von Reparaturzuschlägen nicht zur Verhandlung und Entscheidung bringen.

**Gegen die Seuchengefahr.** Die nach der Rückkehr unserer Frontsoldaten besonders stark in die Erscheinung getretene Veranlassung eines Teils der großstädtischen Bevölkerung ist dank der Einsicht der betroffenen Personen und der behördlichen Maßnahmen erheblich eingedämmt worden. Die außerordentlich leichte Uebertragungsgeschwindigkeit der Kleberläuse hat es jedoch mit sich gebracht, daß leider auch ein großer Teil unserer Schuljugend von dem Ungeziefer nicht verschont geblieben ist. Mit Rücksicht darauf, daß in den Schulen infolge des engen Zusammenhanges der Kinder die Weiterverbreitung des Ungeziefers, das bekanntlich als eine der hauptsächlichsten Ursachen für die Uebertragung des Fleckfiebers anzusprechen ist, erheblich begünstigt wird, muß im Interesse der Volksgesundheit immer wieder auf die dringende Notwendigkeit der Entsaufung der mit dieser Plage behafteten Kinder hingewiesen werden. Die städtische Entsaufungsanstalt Neuföhn, Mittelbülchweg 8-9, ist täglich von 8-4 Uhr auch für erkrankte Personen zur unentgeltlichen Benutzung geöffnet.

**Neuföhnner Stellennachweise für städtische Bureauhilfs- und Hebebeisitzer.** In letzter Zeit sind den städtischen Verwaltungsstellen und auch den Betriebsverwaltungen in großer Zahl Gesuche um Einstellung als Bureauhilfskraft oder auch als Arbeiter zugegangen. Auf Grund allgemeiner ministerieller Anordnung sowie mit Rücksicht auf die mit den Berufsorganisationen ausdrücklich getroffenen tariflichen Vereinbarungen können Einstellungen nur noch durch Inanspruchnahme eines Arbeitsnachweises erfolgen. Zuständig sind für Neuföhn: 1. für männliche Bureaukräfte der Stellennachweise der Stadt Berlin, Berlin N. 21, Oranienburger Straße 54-56a (Passage-Kaufhaus), 2. für weibliche Bureaukräfte der hiesige städtische Arbeitsnachweis, Berliner Straße 89, 3. für Reuterstr. und für gewerbliche Arbeiterinnen der hiesige städtische Arbeitsnachweis, Jarstraße 12, 3. für gelernte Arbeiter die Facharbeitsnachweise in Berlin, 4. für Dienst- und Hauspersonal der städtische Nachweis, Berliner, Ecke Reuterstr. Es ist somit den städtischen Verwaltungsabteilungen und insbesondere auch der Personalverwaltung unmöglich, auf die bei ihnen eingehenden Gesuche Rücksicht zu nehmen; auf solche Gesuche wird daher in Zukunft eine Bearbeitung nicht mehr erfolgen.

**Die Neuföhnner Gartenarbeiterschule** hat als junge Einrichtung auf dem Gebiet der neuzeitlichen Unterichtsgestaltung allgemein, vor allem aber in pädagogischen Kreisen weitgehende Anerkennung gefunden. Zahlreiche Schulkollegen und Mitgliederversammlungen Deputationen und Kommissionen, die durch die verschiedenen Presseorgane zur Besichtigung der neuen Einrichtung angeregt wurden, haben sich über das in kurzer Zeit von Anhängern geschaffene Werk einmütig lobend ausgesprochen. In frischer Luft wird die Jugend zu praktischen Menschen mit sozialem Denken, Fühlen und Handeln erzogen, ihr ist insbesondere für die Ferienzeit ein gesundheitsförderndes und erholendes Betätigungsfeld erschlossen. Eine kürzlich in der Gartenarbeiterschule tagende öffentliche Elternversammlung nahm folgende Entschlüsse einstimmig an: Die Elternversammlung begrüßt die Errichtung von Gartenarbeiterschulen und spricht die Erwartung aus, daß möglichst für alle Neuföhnner Kinder derartige Schulen geschaffen werden, daß insbesondere das Tempelhofer Feld und andere geeignete Flächen diesen und ähnlichen gemeinnützigen und hygienischen Zwecken erschlossen werden.

**Die Fejer der städtischen Volkshochschule Neuföhn,** die noch im Besitze von Büchern sind, werden gebeten, diese spätestens bis zum Dienstag, den 13. Juli, bestimmt abzuliefern. Nur wenn die Bücher bis dahin im Besitze sämtlicher Bücher ist, kann die Revision bis Anfang August durchgeführt werden. Der genaue Zeitpunkt der Wiedereröffnung wird rechtzeitig bekanntgegeben. Die Bibliotheksverwaltung bittet uns, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß für die Benutzung der Bücher und Lesehalle eine Einschreibgebühr von jährlich 5 M. und für die Lesehalle allein eine solche von 2 M. erhoben wird.

**Wer ist Preßluftarbeiter?** Zum Schutze der Preßluftarbeiter hat der Reichsarbeitsminister auf Grund der Gewerbeordnung mit Zustimmung des Reichsrats umfangreiche Vorschriften erlassen. Unter Preßluftarbeiten versteht er Arbeiten in Schloten, Schächten, Tunneln, Taucherglöden usw. mit einem Querschnitt, der den äußeren um mindestens 0,1 Millimeter auf jedes Quadratcentimeter übersteigt. Nicht dazu gerechnet werden Arbeiten in Taucherglöden, die keine Schloten besitzen. Wer Preßluftarbeiten ausführen will, muß dies dem Gewerbeaufsichtsbeamten anzeigen. Die Arbeiten dürfen nur unter Leitung und Aufsicht eines zureichenden, der deutschen Sprache mächtigen Betriebsführers begeben und weitergeführt werden. Genaue Vorschriften werden für die Betriebsrichtungen, die Krankenlampe, die Ausrüstungs-, Arbeitskleider, Speiseräume usw. die ärztliche Ueberwachung, die Arbeitszeit, das Ein- und Ausschleusen, die Schleusenwärter usw. gegeben. Bei Gefahr ist eine Dienstanweisung für den Preßluftarbeiter, ein Merkblatt für Preßluftarbeiter, sowie eine Dienstanweisung für den Schleusenwärter.

**Sammlung für politische Gefangene!** In der am Freitag im Lehrervereinshaus stattgefundenen Protestversammlung der Straßenhändler für Obst und Gemüse sind 220 M. für politische Gefangene gesammelt und abgeführt worden.

**Jungen gesucht.** Personen, die am 16. Dezember 1919, abends nach 11 Uhr, geihen haben, wie auf dem Volkring-Bahnhof Stralau-Rummelsburg eine Frau durch den Andrang auf dem Eis am Brunnen ausglitt und sich den Fuß brach, wollen sich, um einer Witwe zu ihrem Rechte zu verhelfen, bei Rißmann, Wippenstraße 16, vom 3. Treppen, melden.

**Caid 40's** die gute Zigarette

**MASSARY ZIGARETTEN**

